

# Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 1. Oktober 2013

[www.epd.de](http://www.epd.de)

**Nr. 40**

*Wir haben hier keine bleibende Stadt,  
sondern die zukünftige suchen wir.*

## Grenzenlos - Migration in einer begrenzten Welt

Beiträge einer Tagung von Brot für die Welt

### Impressum

Herausgeber und Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH  
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,  
60439 Frankfurt am Main.  
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:  
Direktor Jörg Bollmann  
Verlagsleiter:  
Bert Wegener  
epd-Zentralredaktion:  
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:  
Verantwortlicher Redakteur  
Dr. Peter Zschunke  
Tel.: (069) 58 098 -135  
Fax: (069) 58 098 -294  
E-Mail: [doku@epd.de](mailto:doku@epd.de)

Der Informationsdienst  
epd-Dokumentation dient der  
persönlichen Unterrichtung.  
Nachdruck nur mit Erlaubnis und  
unter Quellenangabe.  
Druck: druckhaus köthen  
Friedrichstr. 11/12  
06366 Köthen (Anhalt)

## ■ Grenzenlos - Migration in einer begrenzten Welt

Unter diesem Motto sind am 2. September 2013 in Berlin 77 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Einladung von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst gefolgt, die nötigen Rahmenbedingungen zu erkunden, wie Migration und Mobilität zu sozialer Sicherheit, Inklusion und Nachhaltigkeit beitragen können. Mitveranstalter waren die Deutsche Kommission Justitia et Pax, caritas international, medico international und SÜDWIND e.V.

So vieles ist grenzenlos oder fast grenzenlos geworden – Kommunikation und Konsum, der Austausch von Waren und Kapital, Fremdenverkehr und auch die staatliche Überwachung im Internet. »Auf der anderen Seite werden aber neue sichtbare und unsichtbare Grenzen aufgerichtet, mit denen die Staaten sich, ihren Wohlstand und ihre Interessen vor Zuwanderung schützen wollen«, sagte Klaus Seitz von Brot für die Welt zum Auftakt der Tagung. Besonders deutlich wird dies in der Residenzpflicht, die den Aufenthaltsort von Asylbe-

werbern einschränkt, das ist dann eine Art Gegenmodell zur Grenzenlosigkeit. Die Tagung in Berlin widmete sich nicht nur solchen Widersprüchen, sondern ging auch der Frage nach, »welche Potenziale, die in der grenzüberschreitenden Migration liegen, für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft besser genutzt werden können«.

Voraussetzung dafür sei, alle zugewanderten Menschen als »Citizens« zu betrachten, als Bürger aufzunehmen, sagt die New Yorker Soziologin Saskia Sassen. Das korrespondiert mit der Erfahrung von Flüchtlingen, wie sie in der »Erklärung der Non-Citizens des Münchner Protestzeltes« vom 26.4.2013 zum Ausdruck kommt (s. *epd Dokumentation* 33/2013). Der vollständige Vortrag von Saskia Sassen wird in einer umfassenden Tagungsdokumentation in deutscher und englischer Sprache enthalten sein, die von den Veranstaltern für Print und Online vorbereitet wird.

In anschaulichen Fallberichten aus Mali, Malaysia und Mexiko hat die Tagung deutlich gemacht, wie unterschiedlich die Schwierigkeiten sind, mit denen sich Migranten und Migrantinnen

konfrontiert sehen. Die Referenten verkörpern aber auch die Hoffnung auf ein Ankommen in der Fremde ohne Ablehnung, auf ein menschenwürdiges Leben in einer vielleicht doch irgendwann grenzenlos werdenden Welt.

In einer eindringlichen persönlichen Schilderung beschreibt François Roméo Ntamag, wie er aus Kamerun nach Europa gelangen wollte - und am Zaun der spanischen Exklave Melilla hängen blieb. Schließlich gelangte er als Transitmigrant nach Mali, wo er sich für andere mit ähnlichem Schicksal einsetzt, die gestrandet sind, ebenso fern von Europa wie von ihrem Herkunftsland.

Die Fallberichte zeigen auf, wie wichtig Orte sind, in denen Fremdsein, Fremdenfeindlichkeit und Kriminalisierung überwunden werden können. Solche Orte könnten auch Gemeinden und Pfarreien seien, wie Hildegard Hagemann in ihrem Schlusswort aufzeigt. Viele sehnen sich nach solchen Orten lebendiger Mitmenschlichkeit und so sind wir, wie es Klaus Seitz mit Blick auf die Jahreslosung für 2013 aus dem Hebräerbrief sieht, »vielleicht auch alle Wanderer zwischen den Welten, auf der Suche nach einer bleibenden Stadt«.

---

### Quellen:

Beiträge der Tagung Grenzenlos vom 2.9.2013 in Berlin; epd Dokumentation dankt den Veranstaltern für die Bereitstellung der Texte, Tabitha Triphaus und Matthias Krötz für Transkription und Protokoll

**Aus dem Inhalt:****Grenzenlos - Migration in einer begrenzten Welt**

---

▶ Klaus Seitz: »Begrüßung«	4
▶ Martin Glasenapp: »Einführung«	7
▶ Saskia Sassen: »Migration in einer begrenzten Welt«	10
▶ François Roméo Ntamag: »Gestrandet im Transit: die Situation der Migrantinnen und Migranten in Mali und an den malischen Grenzen«	15
▶ Irene Fernandez: »Das verheißene Land – zwischen Ausbeutung und würdiger Arbeit: Der Kampf um Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte in der Migration«	15
▶ Carlos Marentes: »Das verlorene Paradies: Ursachen und Folgen erzwungener Migration in den Herkunftsländern«	23
▶ Sabine Ferenschild und Hildegard Hagemann: »Schlussworte«	27

**Aus der epd-Berichterstattung**

---

▶ »Migrationsforscher Bade warnt vor ‚Bollwerk-Mentalität‘«	28
▶ »’Eine Burg baut man auch nicht an einem Tag’ – Infolge der Wirtschaftskrise in Südeuropa ziehen Migranten von Land zu Land«	28
▶ »EU will Südgrenzen technisch aufrüsten«	29
▶ »Zahl der Flüchtlinge auf höchstem Stand seit 1994 – Mehr Schutz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gefordert«	30
▶ »Immer mehr Flüchtlinge in Spielbooten vor spanischer Küste«	31

## Begrüßung

Von Klaus Seitz

### **Dr. Klaus Seitz ist Leiter des Teams Grundsatzfragen und Entwicklungspolitik bei »Brot für die Welt«**

Ich darf sie herzlich begrüßen zu unserer Tagung. Ich freue mich über das große Interesse an dieser Veranstaltung und danke besonders unseren internationalen Gästen und ReferentInnen, die zum Teil sehr weite Wege in Kauf genommen haben und dabei auch viele Grenzen überschreiten mussten.

Diese Tagung steht unter dem Thema »Grenzenlos«, ein Motto, das hier an diesem Ort, eine ganz besondere Bedeutung hat. Hier in Berlin nur wenige Meter von der ehemaligen Mauer entfernt, die gewissermaßen als Symbol für eine unüberwindbare Grenze eine ganze Epoche geprägt hat. Eine Epoche, in der die Welt zementiert in einen östlichen und einen westlichen Teil gespalten zu sein schien.

An diesem Ort hier kann man unmittelbar erfahren, dass sich die Hoffnung auf eine Welt ohne Grenzen durchaus erfüllen kann, dass auch tödliche Grenzanlagen und Grenzfestungen durch die Macht des gesellschaftlichen Wandels überwunden werden können. Nach wie vor ist unsere globalisierte Welt von der Gleichzeitigkeit scheinbar widersprüchlicher Entwicklungen geprägt. Auf der einen Seite sehen wir die fast grenzenlose Mobilität von Kapital, Waren und auch TouristInnen, auf der anderen Seite werden aber neue sichtbare und unsichtbare Grenzen aufgerichtet, mit denen die Staaten sich, ihren Wohlstand und ihre Interessen vor Zuwanderung schützen wollen. Mit diesen Widersprüchen möchten wir uns in dieser Tagung auseinandersetzen und dabei vor allem danach fragen welche Potenziale, die in der grenzüberschreitenden Migration liegen, für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft besser genutzt werden können.

Es ist gut, dass wir für dieses Thema gerade nach Berlin gekommen sind, nicht nur wegen der Nähe zur ehemaligen Mauer. Denn der Reichtum der internationalen Mobilität und der kulturellen Vielfalt ist gerade in dem für lange Zeit eingeschlossenen Berlin besonders zu spüren. Fast die Hälfte der Menschen, die hier in diesem Bezirk Berlin Mitte leben, hat einen sogenannten »Migrationshintergrund«. Auch wenn unsere Stadt der-

zeit leider durch den Streit über Flüchtlingsunterkünfte sehr negativ von sich reden macht, kann man dennoch sagen, dass Berlin auf einem guten Weg ist, zu einer weltoffenen, internationalen Stadt zu werden.

Aber auch speziell dieses Gebäude in dem wir hier nun tagen, ist ein guter Rahmen für eine solche Tagung, hier im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung. Vor allem weil unter dem Dach des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung die Diakonie Deutschland und Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst zusammenarbeiten und damit zwei Institutionen zusammen wirken, die die sozialen Herausforderungen unserer Zeit aus unterschiedlichen Perspektiven, aber gewissermaßen in einer komplementären Zusammenarbeit bearbeiten. Das bewährt sich gerade an dem Thema, zu dem wir heute arbeiten, am Thema der Migration, insofern als sich die Perspektive der sozialdiakonischen Arbeit der Diakonie mit der Perspektive einer Entwicklungsorganisation fundamental verknüpft und verschränkt. Die Diakonie setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, Zugewanderten eine gleichberechtigte Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland zu ermöglichen und wirbt für eine Kultur der Anerkennung. Brot für die Welt engagiert sich seit vielen Jahren für den Menschenrechtsschutz von Flüchtlingen und MigrantInnen weltweit und unterstützt Partnerorganisationen im globalen Süden in ihrem Kampf für eine gerechte und inklusive Entwicklung. Die Verknüpfung von Migration und Entwicklung fügt sich hier gewissermaßen organisch zusammen.

Ein deutscher Kabarettist mit marokkanischen Wurzeln bietet sein Programm in Berlin derzeit mit einem netten Slogan an: »Humor mit Migrationsvordergrund«. Während ansonsten eher verschämt von »Migrationshintergrund« die Rede ist, soll Migration hier und heute im Vordergrund stehen. Denn die Menschheitsgeschichte ist eine Migrationsgeschichte, ohne die Wanderung von Menschen und ohne den Austausch der Kulturen ist zivilisatorischer Fortschritt undenkbar. Letztendlich sind wir vielleicht auch alle Wanderer zwischen den Welten, auf der Suche nach einer bleibenden Stadt. Die Jahreslosung für dieses Jahr aus dem Hebräerbrief lautet »Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir« (Hebräer 13:14). Dieses biblische Bild

darf natürlich nicht dazu verleiten zu übersehen, dass viele Menschen, die sich auf die Suche nach besseren Lebensbedingungen, vielleicht auch einer bleibenden Stadt, machen, häufig viele Entbehrungen in Kauf nehmen. Viele Millionen verlassen ihre Heimat auch unfreiwillig, gezwungenermaßen, auf der Flucht.

Fast drei Prozent der Weltbevölkerung, derzeit 240 Millionen Menschen sind internationale MigrantInnen und haben ihren Lebensmittelpunkt außerhalb ihres Heimatlandes. Viele von ihnen sind damit konfrontiert, dass sie ausgegrenzt und ihrer Grundrechte beraubt werden. Lange wurde daher Migration in der entwicklungspolitischen Diskussion als ein Problem gesehen. Nicht nur, weil die Willkommenskultur in den Zielländern unterentwickelt ist, sondern vor allem, weil man davon ausging, dass die Migration von armen in reiche Länder ein überwindbares und zu überwindendes Entwicklungsdefizit darstellt. Aber auch, weil die Herkunftsgesellschaften durch die Abwanderung ihrer besten Köpfe einen nachhaltigen ‚brain drain‘ erleiden.

In beiderlei Hinsicht hat sich dieser Diskurs, und darum wird es heute auch gehen, verändert und verschoben. Dazu haben unter anderem der Bericht der Global Commission on Migration (2005) aber auch der UNDP-Bericht über menschliche Entwicklung (2009) »Barrieren überwinden« wesentlich beigetragen, indem sie einen neuen, positiven Blick auf das Verhältnis von Migration und Entwicklung ermöglicht haben. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, dass Migration auch wichtige Impulse für die Herkunftsländer geben kann.

Seitdem wird mehr denn je die Herausforderung darin gesehen, wie wir zu einer ‚triple win‘ Situation gelangen können, wie Migration sowohl den Herkunftsländern, den Zielländern und nicht zuletzt und in erster Linie den MigrantInnen selbst dienen kann. Es muss allerdings einräumt werden, dass dieser wichtige Perspektivwechsel

nicht zwangsläufig auch zu einer Neuorientierung der politischen Praxis führt. Nach wie vor ist staatliche Politik vornehmlich daran interessiert, Migration zu verringern oder zu stoppen. Vor allem die Entwicklungspolitik legitimiert sich sehr stark dadurch, dass sie dazu beitrage »Migrationdruck« zu lindern, was dazu Verfahren führen kann, dass potenzielle Partnerländer dazu gezwungen und erpresst werden, Verpflichtungen zur Eindämmung der Auswanderung einzugehen, insbesondere in Nordafrika.

In dieser Tagung wird es nun vor allem darum gehen, welche Rahmenbedingungen verändert werden müssen, damit die Rechte der MigrantInnen geschützt und die Potenziale der internationalen Migration für Entwicklung der armen Länder entfaltet werden können. Dabei wird auch darüber zu sprechen sein, wie das Recht auf Migration gestärkt werden kann. Ein Menschenrecht, seinen Lebensort frei wählen zu können, ist in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ausdrücklich verankert, aber dem entspricht bisher kein korrespondierendes Recht auf Einwanderung, keine Pflicht der Staaten, Einwanderung generell zulassen zu müssen. Wie lässt sich der Konflikt zwischen dem fundamentalen Recht auf Auswanderung und seinen Lebensort selbst auszuwählen zu dürfen mit der demokratischen Selbstbestimmung von Gemeinschaften vereinbaren, selbst darüber entscheiden zu dürfen, wen sie in ihre Gemeinschaft aufnehmen wollen oder nicht?

Es freut uns, dass das Interesse an diesen Fragen unsere Kapazitäten hier im Haus bei weitem übertroffen hat. Umso mehr möchte ich denjenigen danken, die diese Tagung vorbereitet und gestaltet haben. Ich wünsche Ihnen für diese Tagung gute Beratungen und auch beflügelnde Einsichten für die große Zukunftsaufgabe, wie es gelingen kann, die einengenden und oftmals auch entwürdigenden Grenzen in dieser Welt zu überwinden, im Denken wie auch in der realen Welt.



Im einstigen Rixdorf, das heute zum Berliner Stadtteil Neukölln gehört, fanden vor 275 Jahren protestantische Glaubensflüchtlinge aus Böhmen Asyl. Foto: Rolf Zöllner

## Einführung

Von Martin Glasenapp (*medico international*)

### Martin Glasenapp ist stv. Abteilungsleiter für Öffentlichkeitsarbeit bei *medico international*

Ich bin erleichtert über die Bedingungen, unter denen unsere heutigen Diskussionen zum Thema »Migration« bezüglich der weltpolitischen Lage stattfinden, besonders im Zusammenhang mit der gestrigen Rede Barack Obamas zur Lage in Syrien. Wie hätte eine Bombardierung von Damaskus unsere Diskussion heute verändert? Wir müssen einerseits an unseren Themen festhalten, gleichzeitig wäre ein militärischer Eingriff ein Einschnitt in die schwierigen, brutalen und grausamen Bedingungen in dieser Welt. Die aktuelle Lage und die politischen Entscheidungen könnten neue Mechanismen freisetzen, die auch in unmittelbarem Zusammenhang mit Flucht und Migration stehen.

Die Entscheidung Damaskus zu bombardieren wurde vertagt. Das könnte als Schwäche ausgelegt werden, öffnet aber auch gleichzeitig eine winzige Möglichkeit, doch noch eine politische Lösung für den Konflikt zu erarbeiten. Zwar stellt Syrien nicht das konkrete Thema unserer Tagung dar, aber im Zusammenhang mit Migration und Grenzen(losigkeit) steht auch immer das Thema Flucht. Dazu gehört auch der Umgang der EU oder Deutschlands mit Flucht. In den Nachbarländern Syriens leben derzeit zwei Millionen Flüchtlinge, fünf Millionen Menschen sind innerhalb Syriens auf der Flucht vor Kämpfen und Verfolgung – und die Bundesrepublik Deutschland hat sich gerade entschieden, 5000 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Die Zahl ist klein, aber im europäischen Vergleich scheint es geradezu »fortschrittlich« zu sein. Gleichzeitig führt es zu der Frage, wie limitiert und wie geschlossen reagiert Europa auf plötzliche Krisen? Welche Menschen dürfen zu uns und wer entscheidet das?

Die Beantwortung dieser Fragen hat sehr viel damit zu tun, was unsere Demokratie ist oder welchen Begriff von Demokratie wir haben. Dies zeigt auch der erste Satz der Einladung: »Das Zusammenwirken von Migration und Entwicklung ist eine Herausforderung für die Demokratie«. Das umschließt mehr als die Menschenrechte, es ist auch nicht nur ein humanitäres Gebot oder eine Frage der Freizügigkeit, sondern diese Form der Demokratie definiert sich auch über die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte

oder anders: Wenn wir ein gutes Leben fordern, für wen gilt das, wer darf sich darauf berufen oder wer darf daran teilhaben? Das sind virulente Fragen in Bezug auf Migration und Entwicklung, aber auch für unser eigenes Leben. Wir erleben unser eigenes Leben als relativ grenzenlos, wir reisen frei und nehmen diese Freiheit geradezu selbstverständlich hin. Wir können auch grenzenlos konsumieren. Wir haben also die ganze Welt bei uns und wir exportieren unsere Produkte in alle Winkel dieser Erde. Dieser Weltmarkt, der globale Kapitalismus ist die Voraussetzung unserer Lebensweise. Dieser Kapitalismus ist aber nicht nur ein hocheffektives Akkumulationsregime, sondern es ist auch eine faszinierende globale Wunschmaschine. Diese Erzählung von der globalisierten Welt ist auch eine der Leidenschaften und Möglichkeiten: Alle Menschen können heute einen universellen Traum haben, wie ihr Leben aussehen soll, weil sie wissen können, wie überall gelebt werden kann. Früher ging man vom Land in die Stadt, nicht aus Armut, sondern auch, um frei zu sein. Die Stadt war die neue Welt – heute ist quasi die ganze Welt eine Stadt. Und damit haben letztendlich alle Menschen die Möglichkeit einer globalen Perspektive. Durch den globalen Kapitalismus gibt es auch ein globales Glücksversprechen auf die Möglichkeit der Teilhabe. Das war und ist auch immer ein Motor von Revolution, und damit auch von universellen Träumen, Werten und Rechten. Wir selber fordern es eigentlich als Arbeit in unserer Nichtregierungsorganisation (NGO) permanent ein, etwa wenn wir sagen, dass die Menschenrechte unteilbar sind oder dass es nur eine einzige Welt gibt. Und damit fordern wir auch die Gleichheit aller Menschen an jedem Ort. Aber was bedeutet das eigentlich? Denn es gibt bei uns allen durchaus eine Fallhöhe zwischen diesem universellen Verständnis und unserer eigenen Handlungsweise, unseren Empfehlungen, unseren Forderungen, all dem was man landläufig als Politik bezeichnet.

Wir diskutieren Arbeitsmigration, sprechen über die Vor- und Nachteile einer zirkulären Migration, wir fordern mehr Entwicklungshilfe, wir sprechen über Anreize, über Möglichkeiten und Chancen und oft bleiben wir nur im Bereich des Möglichen: Unser Gleichheitsgebot ist eigentlich radikal, aber unsere konkreten Forderungen bleiben unscharf. Wir zögern oft, fragen nach ihrer Akzeptanz oder denken von Anfang an pragmatisch. Und vielleicht bewegen wir uns hier bewusst in



einer Unschärfe, weil wir um die Problematik und die scheinbare Unmöglichkeit ihrer Auflösung wissen. Demokratisieren wir also letztlich nur den Ausschluss und eine stattfindende Selektion?

Hier liegt auch der Beginn einer Überlegung, aus der diese Tagung entstanden ist. Die beteiligten Organisationen trafen sich im Sommer 2012 und diskutierten Fragen wie die der politischen Vermittelbarkeit einer freizügigeren Migrationspolitik, über die Berechtigung von Grenzen und deren Zweck. Es gab viele unterschiedliche Betrachtungsweisen, zwei sollen kurz angerissen werden: Erstens im Sinne von »Grenzen dienen dazu, demokratische Werte zu schützen«, d.h. das Gemeinschaften selbst definieren können, wer an ihnen teilhaben kann. Der andere Blickwinkel ist »Grenzen schließen in erster Linie andere aus«.

Und es ist vielleicht auch kein Zufall, dass Entwicklungshilfeorganisationen in diesem Punkt eher offener für das Recht auf Teilhabe und Zugang argumentieren, während Organisationen mit einer starken Inlandspräsenz eher zurückhaltend agieren.

Über das europäische und globale Migrationsregime soll von meiner Seite nun nicht weiter diskutiert werden, da werden uns unsere Gäste Einblicke aus den verschiedensten Perspektiven vermitteln. Aber einen Punkt möchte ich erwähnen. Ich glaube, wir sollten anerkennen, dass unser demokratisches Gemeinwesen, auf das wir zu Recht oder Unrecht stolz sind, und unsere Freiheit in Europa auf einer Systematik der Ausgrenzung und Kontrolle basieren, die zu tatsächlichen Zonen des Todes geführt hat. Früher gab es die sogenannten »Verschwundenen« aus den sozialen Kämpfen der 1960er und 1970er Jahre, die von autoritären Regimen in verschiedenen Ländern verfolgt und verschleppt wurden. Heute verschwinden Migranten in der Globalisierung! In den letzten drei Jahren sind 70.000 MigrantInnen in Zentralamerika verschwunden. Jedes Jahr verliert sich die Spur von 20.000 Menschen auf dem Weg nach Norden. Sie werden gefoltert, sie werden getötet, es wird Lösegeld erpresst. Wir bekommen das aus den Nachrichten oder aus unserer Arbeit ganz direkt mit.

Es ist ein weltweites Problem, das Stichwort »Mittelmeer« mag hier genügen, aber auch Argentinien oder der Sinai können genannt werden. Auf dem Sinai hat sich eine bestialische und rassistische Art des Menschenhandels auf dem Weg nach Norden entwickelt, die alle schwarzafrikanischen MigrantInnen zur Beute macht. Den Menschen werden

Gliedmaßen abgeschnitten, es gibt Gerüchte über Organhandel, Folter, sexuelle Übergriffe, alles, was man sich nur vorstellen kann.

Wir kennen diese Mechanismen des Ausschlusses und wozu diese führen aber auch aus dem Innern. Wie beispielsweise die Auseinandersetzungen in Berlin über Flüchtlingsheime. Das hat hier in Deutschland einen ganz ambivalenten und vielschichtigen Charakter. In Hellersdorf sieht man, wie Menschen dagegen demonstrieren, dass Menschen aus Kriegsgebieten hierher kommen. Aber es geht auch noch viel einfacher: etwa wenn im gutbürgerlichen Reinickendorf per Rechtsanwalt dafür gesorgt wird, dass ein kommunaler Spielplatz von Kindern eines nahen Asylbewerberheims wegen Seuchengefahr nicht betreten werden darf. Das stellt sicherlich eine besonders perfide Form des bürgerlichen Rassismus dar. Aber es ist in seiner verregelten Kälte ebenso menschenverachtend, wenn unter dem Stichwort zirkuläre Migration in Nordafrika ein Jobcenter Frauen mit Kindern unter 14 Jahren sucht, um diese dann für einige Wochen zum Erdbeerpflücken nach Spanien zu holen. Die Kinder bleiben natürlich zu Hause und das Geld gibt es auch nicht auf der Plantage, sondern erst nach der Heimkehr. Für diese Art der »Arbeitsvermittlung« hat sich in Marokko der Begriff »kleenex-migration« entwickelt: benutzen und wegwerfen.

Wir sollten uns also selbst misstrauen, wenn wir uns in die Sphäre der Quantifizierung, der Quotierung und der Taxierung von MigrantInnen begeben. Jede noch so fortschrittliche Regelung beruht auf einem Ausschluss. Und der beginnt auch, wenn wir Menschen allein nach ihren Fähigkeiten, ihrer möglichen Inwertsetzung, insgesamt nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach ihrem Recht auf ein gutes Leben beurteilen.

Es gibt in den Leitlinien der Diakonie zur Arbeitsmigration und Entwicklung einen schönen Punkt, den auch wir immer wieder aufrufen: Das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen. Man kann ihn in doppelter Hinsicht lesen: Die Freiheit des Gehens liegt in der Möglichkeit des Bleibens, und das gilt für die Aufbruchsorte der Bewegung, der Migration, das gilt aber auch – wenn wir es zu Ende denken – für die Wunschorte. Und diese Wunschorte können überall sein, wo Glück und das gute Leben sein kann.

In Hölderlins »Brot und Wein« heißt es so schön,



*nemlich zu Hauß ist der Geist  
Nicht im Anfang, nicht an der Quell. Ihn zehret  
die Heimath.  
Kolonien liebt, und tapfer Vergessen der Geist.*

Was Hölderlin meint: Der Geist muss die Heimat verlassen, um sich zu finden, muss in der Fremde heimisch werden. Wir sollten das nicht vergessen. Wir sollten vielleicht daran denken, wenn wir mit jenen ins Gespräch kommen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, ob nun an den

Universitäten, in den Vorstädten oder in den Abschiebeheimen. Denn dass sie von draußen kommen oder ihre Kultur scheinbar fremd ist, ist keine Barriere, im Gegenteil: Ohne die Bewegung der Migration, ohne den praktischen und sozialen Erfahrungsaustausch mit der steten migrantischen Globalisierung von unten, wird unser »weißes« Europa doch nur im chauvinistischen Nihilismus und in der polizeilichen Verrohung der eigenen Sicherheit und Ordnung versinken. **D**

## Migration in einer begrenzten Welt

Von Saskia Sassen

**Prof. Dr. Saskia Sassen ist eine niederländisch-amerikanische Soziologin, die sich besonders mit Analysen zu Migration und Globalisierung einen Namen gemacht hat. Derzeit ist sie Professorin für Soziologie und stellvertretende Vorsitzende für das Komitee on Global Thought an der Columbia University, New York. Darüber hinaus ist sie Gastprofessorin an der London School of Economics and Political Science. Der folgende Text gibt ihre Antworten in der Diskussion über ihren auf Englisch gehaltenen Vortrag wieder.**

Welche sind die wichtigsten Faktoren um eine neue Art der Solidarität entstehen zu lassen?

Dies sollte auf einer Vielzahl von Ebenen geschehen. Was wir verstehen müssen, ist, dass die ungerechten Realitäten transversal verlaufen/funktionieren. Der Fakt, dass heute die Töchter und Söhne der Mittelklasse in vielen unserer Länder an Einfluss verlieren, das stellt einen kritischen Bereich dar. Es geht weniger um ideologische Erklärungen, die etwa besagen sagen, dass wir Einfluss verlieren durch einen großen Niedriglohnsektor. Das wird in einigen Ländern wie UK oder USA sehr stark vertreten. Es sind viele verschiedene Dinge, die aktuell gleichzeitig passieren, die uns in Richtung dieser Notwendigkeit einer neuen Solidarität drängen. Und verschiedene Faktoren in diesen unterschiedlichen Feldern sind vielleicht Teil davon. Einige kenne ich besser als andere. Es sind ökonomische, andere politische Faktoren, aber auch die Frage, was wir vom Staat erwarten und fordern.

Die Forderung nach der Schließung, dem Geschlossen-Halten der Grenzen funktioniert meines Erachtens nach nicht wirklich.

Grundsätzlich sollten wir begreifen und wahrnehmen, dass alle MigrantInnen ‚citizens‘ (BürgerInnen) sind. Und das stellt für mich genau den wichtigen Bereich dar, in dem respektierende politische Positionen entwickelt werden können, um herauszufinden, wie Gesetze etc. weiterentwickelt werden könnten.

Der andere Aspekt über den wir hier reden, sind die Regierungen der Herkunftsländer. Die Staaten müssen bestimmte Verantwortung übernehmen. Nehmen wir die USA als Beispiel. Die Zuwande-

rer in den USA kommen nicht, wie man vielleicht denken könnte aus der ganzen Welt, sondern es sind besonders bestimmte Gruppen. Diese kommen vor allem aus Ländern, in denen die USA militärisch aktiv waren oder zu denen sie wichtige wirtschaftliche Beziehungen unterhalten. Wenn man einige Länder näher betrachtet wird immer deutlicher, dass ein bestimmtes Eingreifen der USA stattgefunden hat, bevor größere Gruppen aus diesen Ländern in die USA migriert sind. Und das ist der wichtige und kritische Punkt, Migration beginnt nicht allein in den Herkunftsländern, man kann es nicht völlig verallgemeinern, aber oft erkennt man besonders mit einem historischen Blick, dass Emigration auch durch das politische Vorgehen der Empfängerländer (mit)produziert wird. Dies wird auch im Bereich des ‚Landgrabbing‘ deutlich: es sind meist ausländische Akteure, die dort tätig werden und so auch zu Migration beitragen.

Es ist einfach an der Zeit unser Bild von Migration zu verändern. Zudem ist es wichtig und interessant zu betrachten, wie das Gesetz den/die Migrant/en behandelt. Meist wird der/die Migrant/in nur als Akteur des Migrationsprozesses betrachtet. Und wenn der Antrag auf Einreise gestellt wird, besteht die Ansicht, dass die Antragstellenden, ihre Forderung legitimieren müssen. Für mich ist das nicht korrekt. Denn oft steht auch etwas anderes dahinter und daher würde ich sagen, die Migration in die USA beginnt oft in den Konferenzzimmern in New York und im Pentagon. Daher ist das, was wir Migration nennen und in den Herkunftsländern startet und in den Zielländern endet, nur ein Teil der Geschichte. Es gibt auch diesen anderen Teil:

Die Flüchtlinge der heutigen Zeit, die nicht alle der offiziellen Flüchtlingskonvention entsprechen, sollten vielleicht dazu gezählt werden. Beispielsweise, dann wenn man von seinem Land vertrieben wird. Das sind die Bereiche, die ich als Ursachen dieser Migration für wichtig halte, eher vielleicht als die Frage, wie Migration beginnt.

Also wie gehen wir damit um, dass alle MigrantInnen ‚citizens‘ (BürgerInnen) sind? Es scheint zu überfordern, denn wie und wo sollen wir da anfangen? Aber wir können es schaffen

Welche Prozesse müssen stattfinden, wie kann man sie steuern? Durch WTO Verhandlungen oder was sind andere Möglichkeiten für diesen Wandel?

Lassen sie mich kurz auf den WTO Prozess eingehen, denn die vorherrschende Meinung vor diesem und auch danach war, dass man Rechte nicht ‚transnational‘ sichern könne.

Viele Migrationsexperten wissen nichts davon, sie schauen nicht auf die WTO; das Welthandelsrecht führt keine Menschen auf, es greift nur das Erbringen von Dienstleistungen auf. Diese Dienstleistungen können elektronisch erfolgen aber auch in der Form einer Fachkraft. Daher sind Menschen involviert.

Es geht dabei offiziell nicht um Migration. Aber das ist eigentlich eine Lüge, für die WTO hat es Jahrzehnte gedauert, es war kein einfacher Prozess, der dort verfolgt wurde, es steckt viel Arbeit darin, aber es hat sich etwas entwickelt. Was ich immer als notwendig gesehen habe, ist, dass die Länder, die hauptsächlich in die aktuellen Migrationsströme verwickelt sind, zusammenarbeiten sollten. Wenn es sich um ein machtvolleres Unternehmen handeln würde, würde es dies sofort bekommen. Die EU hatte ein größeres Treffen vor zwei, drei Jahren im Juni anberaumt, wo sie die wichtigsten Länder Afrikas und die europäischen Länder, inklusive der osteuropäischen Staaten zusammengebracht hat, um dies zu versuchen. Dieses Treffen hat Schwierigkeiten zutage gebracht und der Prozess geriet ins Stocken. Und das ist das tatsächliche Problem. Wer hat die Fähigkeiten zu mobilisieren? Der immigrierte Arbeiter hat genug damit zu tun seinen Lebensunterhalt zu sichern, um sich um so etwas zu kümmern. Das sind sehr komplizierte Sachverhalte. Wo, in welchen Räumen, haben verändernde Handlungen stattgefunden? Wer hat sich in der Vergangenheit für öffentliche Belange (wie öffentliche Schulbildung, Nahverkehr oder Gesundheitsversorgung) eingesetzt? Es waren oft die ausländischen Arbeiter, die sich an bestimmten Orten für diese Infrastrukturen eingesetzt haben, meist in den Städten. Es existieren natürlich Grenzen in welchem Umfang dies stattfinden kann.

Daher die Frage, welches sind die Räume in denen ein Wandel stattfinden kann? Gehen wir zurück zu den Menschenrechten. Vor dreißig Jahren dachten viele von uns, diese Idee wird nicht überleben. Heute ist es ein schwaches Regime, aber wir wissen, dass es auch weiterhin bestehen wird. Woher wissen wir das?

Wenn man die Geschichte der westlichen Welt betrachtet, aber auch die Entstehung der neuen Verfassungen in Lateinamerika, wird deutlich, dass es immer harte Arbeit war, etwas zu verändern. Dabei ist es nicht wichtig, dass es sich um den Großteil der Bevölkerung handelt, es ist kein demokratischer Wahlprozess, man braucht einfach ein bestimmtes Netzwerk auf das man zugreifen kann.

[...]

Wenn man sich darauf fokussiert, wer die größten und wichtigsten Transformationen angestoßen hat, sind es nicht die Mächtigen. Die Mächtigen brauchen keine großen Veränderungen.

Was wir brauchen, ist ein Level an Entschlossenheit. Das zeigt auch die Geschichte. Genauso brauchen wir bestimmte Zusammenarbeit und eine Art gesetzmäßiges Denken, um den Willen der Menschen, der Benachteiligten, einzubringen.

Ich hoffe daher, dass die Wahrnehmung, dass alle MigrantInnen ‚citizens‘ (BürgerInnen) sind, und sie verdienen diese Anerkennung, unabhängig davon, ob wir sie aufnehmen oder nicht. Und auch wenn sie »illegal« hier sind, müssen sie anerkannt werden. Meist nehmen wir sie erst wahr, wenn sie negativ auffallen. Dann werden sie auf einmal als ‚citizen‘ (BürgerIn) eines bestimmten Landes wahrgenommen. Dieser gesamte Prozess geht nur schrittweise voran und er braucht natürlich Zeit, ist zeitaufwendig.

Ein letztes Bild, das ich aufgreifen möchte ist Machtlosigkeit, Machtlosigkeit kann viele verschiedenen Formen annehmen und ist ein fundamentales, elementares Element. Aber es handelt sich auch um einen komplexen Zustand, denn Machtlosigkeit bedeutet nicht auch immer Machtverlust. Und in dieser Komplexität liegt immer noch die Möglichkeit Geschichte zu machen, politisch zu werden, etwas zu verändern, auch wenn man nicht völlig ‚empowert‘ wird. Sehen sie beispielsweise nach Ägypten, die Leute die auf die Straßen gingen, sie sind nicht ‚empowert‘ worden, aber sie machen Geschichte.

Insgesamt ist es wichtig die einzelnen Elemente zu erfassen, wahrzunehmen welche Themen auftauchen. Der eine Sektor, den wir nie damit assoziiert haben, dass er ein historischer Akteur sein könnte, denn die moderne Mittelklasse macht auf ihre eigene Art und Weise Geschichte, ohne an der Macht zu sein, sondern indem sie Dinge verlangt. Es mag einem vielleicht klein erscheinen, aber es führt zu Veränderungen.

Wie ist es möglich, Deregulierung von Regionalgesellschaften deutlicher in einen politischen Prozess zu bringen und dadurch auch das Thema Migration aufzugreifen? Die Zwischenebene des Regionalen, auf der sich Migration ereignet und auf der viele verschiedene Ursachen zusammenkommen, scheint nur schwer erfassbar.

Mehr und mehr ‚citizen‘ (BürgerInnen) verlieren ihre ‚membership rights‘ (Staatszugehörigkeitsrechte/Bürgerrechte), weder ‚citizen‘ (BürgerInnen) noch MigrantIn. Was können die souveränen Regierungen tun, um dies zu entschärfen, so dass sowohl der ‚citizen‘ (BürgerInnen) als auch der/die MigrantIn davon profitiert? So dass sie sich nicht als Gegenüberstehende betrachten?

Ich denke der »Solidaritäts«-Aspekt ist kritisch, denn durch die Globalisierung ist Migration so vielfältig geworden. Die MigrantInnen untereinander fühlen sich kaum alle miteinander verbunden. Sie gucken eher aufeinander herab oder herauf. Sie mögen vielleicht gemeinsam haben, dass sie von einem Land in ein anderes migriert sind, aber wie kann man dann Solidarität entwickeln und Bewusstsein schaffen?

Sie haben über das Konzept des ‚citizenship‘ in bestimmten Territorien gesprochen, gleichzeitig haben sie hervorgehoben, dass es immer mehr nicht-territoriale Räume gibt. Könnten sie die Trends aufzeigen, die sich im Zusammenhang damit derzeit entwickeln, beispielsweise dass Staaten scheinbar immer mehr Zonen schaffen, in denen eine Art ‚citizenship‘-Losigkeit existiert, in denen mit Migrationsfragen umgegangen werden muss und wie wir mit diesen Entwicklungen umgehen können?

Ich beschäftige mich derzeit mit diesen Räumen, die aus den institutionellen Rahmen herausgenommen werden. Die Denationalisierung des Raumes zeigt sich beispielsweise auch in der Global City, es gibt nicht mehr das konsolidierte Territorium des Nationalstaates, es gibt immer mehr unterschiedliche Räume, die unter verschiedene formelle und informelle Restriktionen fallen. Es findet in einigen Bereichen eine immer stärkere Privatisierung statt, um sich vor Regulationen von außen zu schützen. Wenn man den Nationalstaat, wie wir ihn kennen, als Referenz nimmt, um zu verstehen was gerade alles passiert. Mit der Finanzwelt verglichen kann von ‚dark pools‘ gesprochen werden, in denen mittlerweile die meisten Transaktionen ohne Kontrolle von außen stattfinden, und die Regierungen lassen diese Räume zu.

Aber ein Teil, und das bezieht sich auf eine weitere Frage und eine weitere Dimension: der ausführende Arm der Regierung hat viele der eigenen Logiken in Bezug auf politische Entscheidungen etc. zurückgesetzt. Mein Argument ist, und das ist radikal, dass in dieser Ära der Globalisierung, in den letzten 30 Jahren, die ausführende Gewalt des Staates in bestimmten Bereichen Macht hinzu gewonnen hat und dass sie oft Ansichten globaler Akteure vertritt, sowohl von Unternehmen als auch von politischer Institutionen. Dadurch entsteht eine sehr merkwürdige Situation, denn wir sprechen immer noch von »dem Staat«, »dem Staatsapparat«, aber die ausführenden Organe stehen und handeln oft außerhalb dieses Staatsapparates. Und das ist der Raum, in dem sehr leicht Strategien umgesetzt werden können und werden, die nicht unbedingt dem nationalen Interesse entsprechen. Die Exekutive missbraucht teilweise ihre politische Macht.

Die gestellte Frage nach der Rolle des Nationalstaates und des nationalen Rechts in diesem Zusammenhang muss daher auf jeden Fall differenziert betrachtet werden. Es gibt diesen kleinen Teil, der sehr beschwerlich/ störend ist, und das ist die unfassbare Macht der Exekutive. Wir ‚citizens‘ (BürgerInnen) haben Bedeutung, rechtliche Bedeutung, aber es betrifft nicht wirklich die exekutive Seite, sondern eher die Legislative. Und diese wird stark ausgehöhlt und untergraben – allein Deutschland bildet vielleicht eine Ausnahme mit einem starken Parlament, sie haben sogar eine Grüne Partei im Parlament, sie haben so etwas wie Politik – ok sie lachen, aber es ist im Vergleich immerhin etwas.

Was passiert, wenn man privatisiert und dereguliert ist, was in den letzten 30 Jahren stattgefunden hat, dass die Legislative und das Parlament untergraben werden. Vieles was zuvor das Parlament betraf, wurde privatisiert. Daher bezieht sich für mich vieles, was sich in Bezug auf Migration auf die Rolle des Staates richtet, auf die Frage, was ist das Bestreben oder mögliche Bestreben in Bezug auf die Neuformulierung des Verhältnisses zwischen ‚citizens‘ (BürgerInnen) und MigrantInnen oder ‚citizens‘ (BürgerInnen) und die Rechte, die sie verlieren. Die Rolle der Exekutive in diesem Zusammenhang ist sehr vieldeutig und verschwommen.

Ich denke wir ‚citizens‘ (BürgerInnen) sollten überdenken, welche Teile des Staates ermächtigt werden müssen, damit unsere Forderungen überhaupt ankommen und wahrgenommen werden? Denn die Exekutive tut dies nicht. Obama ist ein

netter Kerl, aber auch er ändert nichts, denn es sind nicht die Individuen, sondern die Strukturen, die dies manifestieren.

Unsere Geschichte ist voll von bedeutenden Zeitpunkten, welche sich wiederum mit der Zeit normalisieren: Auch die Französische Revolution war mehr Prozess als Moment – es dauerte etwa zehn Jahre oder so, es kann nicht allein an einem bestimmten Zeitpunkt festgemacht werden, es handelt sich um durchaus lange Zeiträume, und dann zeichnet sich eine Geschichte mit neuen Elementen ab. Einige von ihnen werden formalisiert, aber vieles läuft »informell« ab.

Dann waren da zwei Fragen, zum einen zu einer stärker regional orientierten Perspektive auf Migration und um citizenship von MigrantInnen zu stärken:

Damit kommen wir zurück zu der Frage der Anerkennung, der Gliederung des Staatsgebietes, des Nationalstaates, es handelt sich nicht um eine gleichförmige Fläche. In Spanien kann man erkennen, dass die spanische Regierung viele der regionalen Initiativen, wie Katalonien etc., auf einem subnationalen Level der Regierung institutionalisiert hat. Dies hat dazu geführt, dass es dort weniger Stimmung gegen EinwanderInnen gibt, als beispielsweise in den Niederlanden.

Historisch gesehen spielten in Europa die Städte eine bedeutende Rolle in der Entwicklung von Strategien, die, und das ist besonders wichtig, direkt oder indirekt den Menschen einbezogen haben. Aber die Frage ist, ist das genügend? Nein! Ist die nationale Regierung das Organ, auf das wir uns verlassen können? Problematisch! – wie ich gerade zum exekutiven Teil der Regierungen ausgeführt habe. Die Exekutive ist heutzutage eine neue Zone. Es ist eine schwere Zeit, mit dieser »nationalen« Frage umzugehen, über Integration zu diskutieren und die Frage der Herkunft- und Zielländer, die Zusammenarbeit von verschiedenen Staaten – sehr problematisch.

Und dann beziehe ich mich nochmal auf ihre Frage, die auch sehr wichtig war – Solidarität sowohl unter den MigrantInnen als auch zwischen den MigrantInnen und den ‚citizens‘ (BürgerInnen).

Ich habe mich mit Binnenmigration in Europa beschäftigt: als die MigrantInnen demselben Phänotyp, der gleichen Religionsgruppe usw. entsprachen, wurde der von »außen« kommende

auch nicht besser behandelt als heute. Der outsider war ein outsider und wurde rassistisch behandelt, auch innerhalb Europas. Aus unserer europäischen Geschichte wissen wir, dass der Fremde immer herausgefordert wurde, auch wenn er, wie wir heute sagen würden, aus derselben Kultur kam.

D.h. all die populären Erklärungsversuche, dass es heute viel schwerer sei, da die Menschen verschiedene Religionen, Kulturen und verschiedene Phänotypen besitzen, und daher auch eine Integration dieser Menschen viel schwieriger sei – ich sehe all dies eher als einen Kontrafakt und sage, dass es Unsinn ist, denn selbst als es sich um »dieselbe« Gruppe, Phänotyp etc. handelte, gab es die gleichen Herausforderungen und Einstellungen. Ich denke wir führen uns selbst in die Irre, wenn wir versuchen die Herausforderungen und Probleme allein an einzelnen Aspekten wie der Kultur aufzuhängen. Meiner Meinung nach ist es viel tiefergehend, es geht um die Frage des »outsiders« – und wir haben dieses Verhalten nicht nur in unserer westlichen Kultur.

Und ihre Frage bezüglich der MigrantInnen untereinander: das ist ein anderer Fall, natürlich finden dort Auseinandersetzungen und Kämpfe statt, aber für mich ist die interessantere Frage, wie die Zielländer mit dem Fremden umgehen. Ihre Frage richtete sich eher auf die Erfahrungen, die man so macht – wie man in New York scheinbar sieht, mögen die Leute aus Puerto Rico nicht diejenigen aus Kolumbien und die mögen sich wiederum nicht untereinander usw. Das gehört für mich eher zu der »survival« Geschichte der meisten MigrantInnen, die in den Zielländern eine harte Zeit haben, und das ist der Punkt an dem solche Unterschiede/Auseinandersetzungen zwischen den MigrantInnen eine Rolle spielen. So hatten beispielsweise viele schwarze MigrantInnen in NY das Gefühl, dass sie an Einfluss verloren, als MigrantInnen aus Lateinamerika kamen, die weiß waren. Aber das ist ein anderer Aspekt zu dem, wie die Zielländer den Fremden sehen und behandeln. Und ich möchte meinen Standpunkt nochmals verdeutlichen, ich denke wir führen uns selbst in die Irre, wenn wir all die Schwierigkeiten usw. mit MigrantInnen auf den Kulturbegriff etc. beziehen. Beispielsweise waren viele Muslime nicht so extrem eingestellt, bevor die USA ihre Länder überrollt haben – d.h. wir haben auch zu diesen Veränderungen beigetragen. Vermeintliche Unterschiede werden in den Diskussionen und Debatten missbraucht. 



Der Grenzzaun zu den spanischen Exklaven Melilla und Ceuta, bestehend aus zwei Zäunen von sechs Metern Höhe, gesäumt von Stacheldrahtrollen mit messerscharfen Zacken. Außerdem sind Wärme- und Infrarotkameras installiert, die festsetzende Flüchtlinge registrieren. Die Migranten werden von spanischen Sicherheitskräften festgenommen und durch Türen im Zaun nach Marokko abgeschoben. Foto: José Palazón

## Gestrandet im Transit: die Situation der Migrantinnen und Migranten in Mali und an den malischen Grenzen

Von François Roméo Ntamag

**François Roméo Ntamag ist Präsident der Association des Refoulés d'Afrique Centrale au Mali (ARACEM). ARACEM ist eine Selbsthilfeorganisation zentralafrikanischer MigrantInnen in Mali, die sich für TransmigrantInnen aus Zentral- und Westafrika einsetzt. Sie bietet mittello- sen MigrantInnen Obdach, Rechtsberatung, psychosoziale Betreuung und AIDS-Prävention für migrantische Sexarbeiterinnen.**

Guten Tag, ich heiße François Roméo Ntamag, bin kamerunischer Staatsbürger und lebe seit sieben Jahren in Mali. Heute bin ich als Berater im Bereich Transmigration tätig. Dass alles habe ich mit sehr viel Mut und Durchhaltevermögen erreicht, denn vor acht Jahren war ich eigentlich dem Tod geweiht.

Im Jahr 2003 brach ich mit 15 Jahren mit meinem älteren Bruder zu Fuß in Kamerun auf, um via Melilla nach Europa zu migrieren. Wir hatten damals kein Geld für Flugtickets und Visa. Fast ein Jahr lang waren wir unterwegs und haben dabei Nigeria, Benin, Togo, Niger und Algerien bis nach Marokko durchquert.

Fast sieben Monate haben wir in den Wäldern an der marokkanisch-spanischen Grenze gelebt. Im September 2005 nahm ich gemeinsam mit ungefähr 5.000 anderen MigrantInnen an dem Versuch teil, die Grenzzäune Melillas zu überwinden, um auf spanisches Staatsgebiet zu gelangen. Mein Versuch scheiterte jedoch.

Als Reaktion auf diesen massenhaften Versuch wurde innerhalb Marokkos, unterstützt durch die EU, Jagd auf MigrantInnen aus Sub-Sahara-Afrika gemacht und diese wurden anschließend rückgeführt. Damals wurden dann alle MigrantInnen, die aufgegriffen wurden, von der IOM (International Organization on Migration) aus Marokko in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt.<sup>1</sup> Nach einigen Monaten fehlte jedoch das Geld, die MigrantInnen in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Deshalb ging man dazu über, die verbliebenden MigrantInnen einfach in die Wüste an die marokkanisch-algerische Grenze zu bringen. Diejenigen, die versuchten nach Algerien zu entkommen, wurden aufgegriffen und in Gefängnisse gesteckt. Ich selbst wurde dort auch durch örtliche Sicherheitskräfte interniert und nach diversen Gefäng-

nisaufgehalten gemeinsam mit anderen in das Wüsten-Grenzgebiet zwischen Mali und Algerien deportiert. Normalerweise könnte man diese Entfernung in drei Tagen überwinden, doch für uns von Gefängnis zu Gefängnis hat es drei Monate gedauert. Dort ausgesetzt, 500 km von Mali und 200 km von Algerien entfernt, mitten im Nirgendwo, wurden wir uns selbst überlassen. Viele starben auf dem Weg durch die Wüste, aber mir gelang es zusammen mit meinem Bruder, mich nach Mali durchzuschlagen.

In Norden Malis fand zu dieser Zeit ein Aufstand statt und einige Journalisten waren dort unterwegs, um zu berichten. Sie wurden auf uns TransmigrantInnen aufmerksam und machten Fotos, erst durch sie wurde die Welt darauf aufmerksam, dass es uns überhaupt gab.

Zu Fuß gelangten wir Ende Juni 2006 bis nach Bamako, der Hauptstadt Malis. All diese Erfahrungen und Erlebnisse brachten uns dazu dort Ende 2006 unsere Initiative ARACEM zu gründen.

Heute verfügt ARACEM über zwei Zentren in Bamako, in denen pro Monat 120-150 TransmigrantInnen aufgenommen werden. Allerdings sollte man wissen, dass jeden Monat von den algerischen Autoritäten bis zu 1000 Menschen ausgewiesen werden. Diese werden zuvor an der malisch-algerischen Grenze durch das Internationale und das malische Rote Kreuz aufgenommen und dann an Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie ARACEM vermittelt. Neben Übernachtungsmöglichkeiten über die ersten Tage bietet ARACEM ihnen Nahrung, Kleidung sowie ärztliche und psychische Betreuung an. Darüber hinaus unterhalten wir ein Programm, das sich spezifisch der Unterstützung von Frauen, Kindern und Sex-Arbeiterinnen widmet. Neben der Not- und Übergangshilfe leisten wir Hilfestellungen bei der Beratung von RückkehrerInnen in ihr jeweiliges Heimatland und beraten das zuständige Ministerium gemeinsam mit AME in Migrationsfragen.

Zu Beginn unseres Projektes haben wir uns ausschließlich um Menschen aus Zentralafrika gekümmert, seit vier Jahren nehmen wir auch MigrantInnen aus Westafrika auf, da uns aufgefallen ist, dass es zwar Organisationen gab, die sich speziell um malische RückkehrerInnen kümmer-



ten, aber niemand um diejenigen aus den Nachbarländern.

### **Auswirkungen der EU-Migrationspolitik**

Die Südgrenze Marokkos/Algeriens lässt sich als eine vorgeschobene EU-Außengrenze beschreiben, bei denen diese Staaten seit etwa 2005 aktiv als Grenzpolizei agieren. Mittlerweile können MigrantInnen aus Sub-Sahara Afrika kaum noch in diese Länder einreisen, geschweige sie durchqueren.

Im Jahr 2007 wurden Wiederaufnahmeverträge mit verschiedenen afrikanischen Ländern geschlossen, welche es Frankreich erlauben, *irreguläre* afrikanische MigrantInnen aus Frankreich in beliebige afrikanische Länder abzuschicken, d.h. wenn es gerade ein Flugzeug nach Kamerun gibt, werden auch malische StaatsbürgerInnen dorthin abgeschoben. Dadurch stranden Menschen in afrikanischen Ländern, die nicht ihre Heimatländer sind. Die Rückkehr der Betroffenen in ihre Herkunftsländer wird aufgrund der hohen Visakosten<sup>2</sup> und institutionellen Hindernissen erschwert bzw. blockiert. Allein in Mali sind etwa 7000 Menschen gestrandet, 4500 davon allein in Bamako.

Diese Situation wurde eigentlich als Transitmigration bezeichnet, was auf den Zustand des Übergangs, des Provisorischen hindeutet. Heute muss man aber wirklich von »Blockiertheit« und »gestrandet sein« reden.

Die dadurch immer größer werdende ausländische Bevölkerung in einigen afrikanischen Staaten trägt wiederum, auch in Bamako, zu einer erhöhten Fremdenfeindlichkeit unter der Lokalbevölkerung gegenüber MigrantInnen bei.

### **Lebenszustände von gestrandeten MigrantInnen und Aufforderung an die Entwicklungszusammenarbeit**

Mali hat nicht die Ressourcen, sich adäquat um die Menschen, sowohl aus Mali als auch anderen afrikanischen Staaten, zu kümmern, die nach Mali zurückgeschoben werden, weshalb Nichtre-

gierungsorganisationen (NGOs) diese Aufgabe übernehmen.

Aber auch diese haben mit begrenzten Ressourcen nicht die Kapazitäten sich längerfristig um diese Menschen zu kümmern und aufgrund der monatlich hohen Abschiebezahlen aus Algerien ist es ebenfalls nicht möglich, überhaupt alle Flüchtlinge und MigrantInnen aufzunehmen. Dies führt zu Obdachlosigkeit, Armut, Kriminalität und Prostitution. Diese Menschen kämpfen jeden Tag um ihr Überleben. Ich selbst habe einige Monate so gelebt. Die Umstände zwingen uns dazu, es gibt keinen anderen Weg.

Nach unseren Beobachtungen wollen 80 Prozent der in Mali festsitzenden MigrantInnen wieder in ihre Heimat zurückkehren, während jeweils 10 Prozent eine erneute Migration nach Europa bzw. einen Verbleib in Mali anstreben. Aber alle diese Möglichkeiten werden eigentlich ad absurdum geführt, es geht eigentlich gar nichts, denn Mali befindet sich, wie sie wissen, in einer sehr instabilen Situation. Selbst für die malische Bevölkerung ist das Überleben schwierig geworden.

Hinzu kommt, dass viele Programme von Nichtregierungsorganisationen nicht an die aktuelle Situation angepasst sind. Sie bleiben fest verhaftet in ihren ideologischen Denkmustern der Vergangenheit. Deshalb fordere ich alle, die in diesem Bereich aktiv werden wollen oder unterstützen wollen dazu auf, sich erst mal vor Ort einen Überblick zu verschaffen und mit den vorhandenen Organisationen vor Ort zusammen zu arbeiten. Denn Programme sollten an die aktuelle Lebenssituation der Menschen angepasst sein.

Ich möchte mit einer Frage schließen: Wer ist der Migrant? – Merci.

### **Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Beschreibung des Programms der freiwilligen Rückkehr: <http://www.ch.iom.int/taetigkeitsfelder/weitere-taetigkeitsfelder/pim/marokko.html>

<sup>2</sup> Die ehemaligen Kolonialmächte drängten dazu, ein Visasystem aufzubauen, wo vorher frei gereist werden konnte. **D**



Arbeitsmigranten auf einer Baustelle in Kuala Lumpur, Malaysia. Foto: Heiner Heine

## Das verheißene Land – zwischen Ausbeutung undwürdiger Arbeit: Der Kampf um Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte in der Migration

Von Irene Fernandez

**Dr. Irene Fernandez ist Mitbegründerin und Direktorin von Tenaganita, einer regierungsunabhängigen Organisation in Malaysia. Die Frauen- und Menschenrechtsorganisation setzt sich unter anderem für die Rechte von ArbeitsmigrantInnen im malaysischen Palmölsektor und von Hausangestellten ein. Im Jahre 2005 erhielt sie den Right Livelihood Award für ihren Einsatz gegen Gewalt gegen Frauen und die Ausbeutung von WanderarbeiterInnen.**

Ich freue mich und bedanke mich bei den OrganisatorInnen, dass ich mit Ihnen die Erfahrungen meiner Organisation Tenaganita, was so viel wie »Kraft der Frauen« bedeutet, teilen darf.

Wir arbeiten mit Frauen, Migrantinnen und Flüchtlingen. Unsere Aufgabe, unser Anliegen sehen wir im Schutz und der Förderung der Rechte der Gruppen mit denen wir arbeiten. Wir wollen Räume schaffen, in denen diese Menschen ihre Potenziale in der Gesellschaft entwickeln und ausschöpfen können. Einige Gruppen haben die Möglichkeiten und Instrumente dazu, aber gleichzeitig gibt es auch andere Gruppen, die stark von Armut und Hoffnungslosigkeit betroffen sind und für die Migration einen Ausweg zur Überlebenssicherung darstellt.

Mein Interesse an dem Thema Migration hat sich auch dadurch entwickelt, dass ich selbst ein »Produkt« von Arbeitsmigration bin: Meine Eltern wurden aus Indien nach Malaysia gebracht, um auf den dortigen Plantagen zu arbeiten. Deshalb werde ich in Malaysia nicht als indigene Einwohnerin gesehen, aber wir sind Teil der malaysischen Bevölkerung, da die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien vor ihrem Rückzug sicherstellte, dass wir die Staatsbürgerschaft des Landes erhielten. Meine Geschichte zeigt Ihnen auch, dass Migration kein völlig neues Phänomen ist, aber dennoch kann Migration heute als ein sehr bestimmender globaler Faktor angesehen werden. Ich denke, heute gibt es kein Land auf dieser Welt, das nicht auf irgendeine Art und Weise von Migration betroffen ist oder beeinflusst wird.

Es ist wirklich wichtig herauszustellen, dass wir uns auf einem neuen Weg befinden, hin zu einer

Gesellschaft, in der Wohlstand nur noch von bestimmten Gruppen akkumuliert wird, die die Möglichkeiten und Instrumente dazu besitzen. Gleichzeitig bleibt eine andere Gruppe zurück, die – durch Armut und Hoffnungslosigkeit getrieben – in der Migration eine Möglichkeit der Lebenssicherung sieht. Diese Gruppe hat keine Stimme und bleibt verfangen in diesem globalen Phänomen.

Migration ist heute zugleich »big business«. Sie ist hochgradig organisiert, stark strukturiert, es existiert ein System, das mit Migration verknüpft ist, um Profit zu machen. Und einen der größten Akteure dabei stellen die Anwerber oder die Vermittler dar, die ich tatsächlich mit ihrem brutalen Vorgehen als eine neue »Mafia« in dieser Welt bezeichnen würde. Sie sind an zahlreichen Punkten der Migration involviert. Aber nicht nur die Anwerber, auch die Regierungen machen durch die strukturierte Form der Migration Gewinn. Dies sieht man besonders, wenn man die globalen Finanzorganisationen betrachtet und wie sie die Entwicklungen in diesem Bereich beeinflusst haben. Es ist wichtig, diesen Punkt zu betonen, denn viele, besonders die Spender und viele internationale Organisationen, unterstützen dieses Konzept von Migration und Entwicklung. Aber ich sehe große Probleme in diesem Konzept von Migration und Entwicklung und wie Prof. Saskia Sassen bereits erwähnt hat, stellen Rücküberweisungen einen wichtigen Aspekt innerhalb dieses Themenbereiches dar und werden als eine neue Art der Direktinvestitionen zur Armutsreduzierung gesehen.

Als die UN die ‚Global Commission on International Migration‘ ins Leben rief, ist ein sehr guter und wichtiger Report entstanden, in dessen Prozess ich involviert war. Ein Fokus lag auf den Menschenrechten und dass die Menschenrechte der MigrantInnen auf allen Etappen ihrer Migration respektiert werden müssten.

Doch in der Zwischenzeit entwickelten die internationalen Finanzorganisationen, im speziellen der IWF (Internationaler Währungsfond) und die Weltbank, einen anderen Bericht, den Sutherland-Report, mit einem Fokus auf Rücküberweisungen und wie durch Rücküberweisungen die Armutsreduzierung unterstützt werden kann und wie

Länder dadurch ihre Schulden zurückzahlen konnten. Gleichzeitig waren wir, an erster Front zahlreiche Kirchen, alle dabei, den Schuldenerlass der armen Länder für das goldene Jubiläum der Weltbank zu organisieren. Und dann bekommen wir diesen Report, der sagt, Rücküberweisungen sind ein wichtiger Fortschritt, der Weg in die Zukunft.

Auf dem UN High Level Dialogue on Migration 2006 wurde dann auch eine neue Organisation, das »Global Forum on Migration and Development« (GFMD) geschaffen, und wer leitet diese Organisation, wenn nicht die Unternehmen, die Reichen? Und wie kann ich da glauben, dass es um die Migration und die Entwicklung der Menschen geht, wenn es nicht um die Menschen geht, sondern um Rücküberweisungen.

Die armen Länder haben dann das, was ich Arbeits-Export-Strategien nenne, entwickelt. Wir drängen unsere Menschen aus dem Land, um Märkte zu finden und MigrantInnen werden zu Wirtschaftsgütern zum Export. Und heute hat sich der Menschenhandel in der Migration »etabliert«.

Den von Romeo bereits angedeuteten Konflikt möchte ich auch nochmal aufgreifen: Wer sind wir, wie handeln wir in Bezug zu Migration? Dies sind sehr zentrale Fragen. Und damit kommen wir zu Malaysia. Malaysia wird als ein reiches und boomendes Land wahrgenommen, es ist einer der Tiger-Staaten Asiens. Doch die stark wachsende Wirtschaft wurde aufgebaut auf Schweiß und Blut von ArbeitsmigrantInnen. Die aktuelle Politik behauptet, wir werden immer weniger von ArbeitsmigrantInnen abhängig sein, aber die Realität zeigt, die Abhängigkeit von ArbeitsmigrantInnen wächst jeden Tag weiter an.

Es leben 4,6 Mio. ArbeitsmigrantInnen in unserem Land, wovon 50 Prozent ohne Papiere sind. Es ist wichtig zu beachten, dass der/die MigrantIn, der/die migriert, ein Mensch ist, eine Mutter, eine Ehefrau, ein Vater, ein Kämpfer, er/sie besitzt vielschichtige Identitäten, die diesen Menschen dazu bringen, dieses Arbeitsvertragssystem einzugehen. Diese Identitäten werden im Gesamtprozess der ArbeitsmigrantInnen nicht wahrgenommen, nicht respektiert. Ein weiterer wichtiger Aspekt, den auch Saskia Sassen aufgeworfen hat, ist der Aspekt der Kontrolle/ Überwachung – ich betrachte es als eine Frage der Sicherheit. Dies ist durchaus widersprüchlich, auch unser Umgang mit dieser Situation: In Malaysia ist das Home Ministry (Innenministerium) das Hauptministerium, das im Zusammenhang mit Arbeits-

migrantInnen entscheidet, nicht etwa das Arbeitsministerium. Es ist das Innenministerium, welches die Arbeitserlaubnisse und die damit verbundenen Visa vergibt. Dabei betrachtet das gesamte Ministerium die MigrantInnen eher als eine Art Sicherheitsrisiko, eine Sicherheitsbedrohung, als ein Arbeits- und Wirtschaftsthema. Aus dieser Perspektive treffen sie die Schlüsselentscheidungen über ArbeitsmigrantInnen und das stellt für mich eine konfliktgeladene Situation dar.

Das ist deshalb wichtig, weil für MigrantInnen oft die wichtigste Frage ist, ob sie gültige Papiere haben oder nicht und ob sie einen Pass besitzen oder nicht. Auf den Reisepass bauen zahlreiche Ebenen der Diskriminierung auf. Wenn eine MigrantIn für die Arbeit in Malaysia angeworben wird, und das gilt in ähnlicher Weise auch für viele andere Länder, dann wird eine Art Stigma kreiert, ob ich als 'citizen' (BürgerIn) angesehen werde oder nicht oder ob ich ein/eine Arbeitsmigrantin bin oder nicht. Der Status definiert, ob ich meine Rechte einfordern kann oder nicht. Und das ist der Bereich, in dem die Aspekte »dokumentiert, diskriminiert und kriminalisiert« hervortreten.

Heute führt die malaysische Regierung innerhalb des eigenen Landes eine Jagd auf die MigrantInnen ohne Papiere aus – mit verschiedenen Operationen in Zusammenarbeit mit Polizei und Armee, so wie es auch Romeo beschrieben hat. Und damit wird weiterhin nach außen vermittelt, dass MigrantInnen ein Sicherheitsrisiko darstellen, die Kriminalität ins Land bringen. Und wenn Sie dann die Polizei fragen, welche Anzahl von Verbrechen wird von MigrantInnen ausgelöst? Es ist nur ein Prozent!

Die Nichtanerkennung bringt eine Auslöschung der Rechte mit sich, oft werden diese MigrantInnen als »illegal« bezeichnet. Aber ich denke, wir können davon ausgehen, dass kein Mensch in dieser Welt illegal sein kann. Würde das nicht auch bedeuten, dass der/die MigrantIn nicht würdig ist zu existieren und aus der Gesellschaft gedrängt wird? Die fundamentalen Grundlagen dieser Debatte sind wichtig, um zu sehen, welche Rechte man später einfordert.

Dies alles beschreibt eigentlich einen Kreislauf. In 2002 wurde hart durchgegriffen und einige hunderttausend Menschen aus Indonesien und den Philippinen aufgegriffen. Es endete in einer Katastrophe. Heute gibt es zahlreiche Waisen, da ihre Eltern nicht mehr aufgespürt werden können. Unter welchen Bedingungen leben die MigrantInnen, die festgenommen wurden? – Dies

spielt auch für mich eine persönliche Rolle, denn ich selbst habe angefangen, mich über die Bedingungen zu informieren, habe die Gefängnisse besucht und meine Ansichten dazu veröffentlicht, was aber als Verbreitung von Falschmeldungen angesehen wurde. Daher wurde gegen mich ermittelt und ich wurde ebenfalls festgenommen. Das Verfahren hat 13 Jahre angedauert, ich habe ein Jahr im Gefängnis verbracht, wurde von Gericht zu Gericht geschickt und letztendlich wurde der Fall dann fallen gelassen. Dies zeigt sehr viel über das Vorgehen in diesem Bereich.

Und diese Gefängnisse waren und sind weiterhin nicht zugänglich für Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die etwa medizinische Versorgung anbieten möchten. Sie sind für niemanden zugänglich und das stellt eine große Herausforderung dar.

Ich möchte Ihnen einige Stimmen dieser Migranten vorstellen, besonders der weiblichen Migrantinnen: Eine schwangere Frau befand sich im Gefängnis. In den Gefängnissen gibt es keine Betten, man schläft auf Matten und daher gibt es dort viel Ungeziefer und man leidet wirklich unter diesen Umständen. Als ihre Wehen einsetzten, bat sie flehend darum, in ein Krankenhaus gebracht zu werden. Aber sie wurde nicht gehört – bis alle anderen Insassen anfangen zu schreien. Dann wurde sie tatsächlich in ein Krankenhaus gebracht. Aber wir hatten auch einen anderen Fall, bei dem eine Geburt nicht wahrgenommen wurde und das Kind an einer Vergiftung starb.

Einen Punkt, den ich damit herausstellen möchte, ist, dass ArbeitsmigrantInnen dann, wenn sie als MigrantInnen ohne Papiere identifiziert werden, im Rahmen des Migrationsgesetzes einfach misshandelt werden können. Und daher erheben kaum MigrantInnen ihre Stimme. Amnesty International hat Untersuchungen durchgeführt: Zwischen den Jahren 2005 und 2011 wurden in Malaysia 34.000 MigrantInnen ausgepeitscht, was wir als eine Form der Folter ansehen. Auch die Käfige, in denen die Menschen für mehrere Stunden transportiert werden, reißen die Haut auf und hinterlassen schlussendlich große Narben, die sich bis in das Muskelgewebe ziehen. Diese Tatsachen werden vor der Öffentlichkeit geheim gehalten und versteckt.

Viele der ehemaligen Insassen, mit denen ich gesprochen habe, haben berichtet, dass sie dadurch impotent wurden, keine körperliche Beziehung mehr zu ihren Frauen führen können durch diese Folter. Dies führt auch zu Problemen in den

Ehen und viele von ihnen wurden tatsächlich geschieden. Das sind Konsequenzen, die kaum beachtet werden.

Die Grundsatzfrage, die sich stellt, ist, warum kriminalisieren wir eine Person aufgrund eines administrativen Problems? Es ist ein administratives Problem: Wenn man nicht die richtigen Papiere hat, dann strebt man es doch an, diese zu bekommen und dann wird man auf einmal abgeschoben. Dieser ganze Bereich der Kriminalisierung der MigrantInnen ist ein Bereich, der derzeit weltweit stark ansteigt und wächst, nicht nur in Malaysia.

Kommen wir zurück zu unserer konkreten Arbeit. Einen wichtigen Bereich stellt der Bereich der Hausangestellten dar. Wir bezeichnen diesen Bereich durchaus als eine moderne Form der Sklaverei, denn in Malaysia ist dieser Bereich als »bonded labour« institutionalisiert. Hausangestellte werden nicht als Arbeiterinnen anerkannt, sie werden vom Arbeitsrecht ausgeschlossen, da sie als Dienstmädchen angesehen werden und dadurch genießen sie überhaupt keinen Schutz. Sie arbeiten in isolierten und individualisierten Räumen, sie stellen eine Gruppe von Arbeiterinnen dar, für die es eine Vielzahl von Arbeitgebern gibt: die ganze Familie eines Hauses bis hin zu Kindern, das ist wichtig zu beachten.

Die Pässe werden von den Arbeitgebern abgenommen, damit sie nicht weggehen können, denn ohne Papiere könnten sie festgenommen werden. Auch die Gehälter werden oft nicht gezahlt, nicht nur für einige Monate, sondern für zwei bis drei Jahre. Die Hausangestellten haben keine Urlaubstage, d.h. sie können sich auch nicht untereinander treffen, auch wenn ihre Verträge etwas anderes sagen.

Die Vermittlungsagenturen sind ein großes Problem. Wenn eine Hausangestellte sie kontaktiert und sagt, dass sie nicht weiter für einen bestimmten Arbeitgeber arbeiten möchte, beispielsweise weil sie missbraucht wurde, dann bringen sie sie in das Haus der Agentur und schlagen sie zusammen und sagen ihr, sie soll zurückgehen und sich benehmen. Wir haben von einigen dieser Fälle gehört.

In unserer Arbeit vor Ort ist uns aufgefallen, dass mit jedem Fall, den eine Arbeitsmigrantin an uns heranträgt, zahlreiche Verletzungen der Menschenrechte verbunden sind. Dazu gehören, wie bereits beschrieben, das Zurückhalten der Pässe, der Gehälter und zahlreiche Misshandlungen. Im



letzten Jahr hat Tenaganita 255 Fälle von Hausangestellten bearbeitet mit 1.785 Menschenrechtsverletzungen. In 100 Prozent der Fälle wurden die Pässe abgenommen, in 75 Prozent wurden die Gehälter für mehr als drei Monate einbehalten und was besonders bestürzt, dass in 32 Prozent von sexueller Belästigung die Rede war. In 30 Prozent der Fälle wurde Nahrung zurückgehalten. Eine Hausangestellte starb sogar an Unterernährung, dies wurde auch von einem Forensiker bestätigt. Malaysia ist ein Land, das reich an Nahrungsmitteln ist und dennoch haben wir solche Situationen. 60 Prozent der Frauen erlitten Misshandlungen und Missbrauch und dabei handelt es sich nicht nur um ein paar Schläge, sondern um schwerwiegende Verletzungen. Die meisten Hausangestellten arbeiten mehr als 16 Stunden pro Tag.

Aufgrund dieser Gesamtsituation hat Indonesien damit aufgehört, Hausangestellte nach Malaysia zu schicken. Auch Kambodscha folgte und dadurch entwickelte sich eine Art Vakuum. Die Nachfrage wuchs stark an und was geschah? Die Verträge der Hausangestellten, die bereits hier waren, wurden stark ausgeweitet und die Frauen erhielten zahlreiche weitere Verbote, etwa, mit ihren Familien zu telefonieren. In dieser Zeit bekamen wir zahlreiche Anrufe aus Kambodscha von Angehörigen, die nach ihren »vermissten« Verwandten suchten.

Ich möchte ihnen einen weiteren Fall einer Frau aus Indonesien schildern, der ein heißes Bügeleisen auf den Rücken gepresst wurde. In erster Instanz gewann sie den Fall gegen ihren Arbeitgeber, der nun im Gefängnis sitzt. Sie versucht nun, Schmerzensgeld von ihm zu erhalten. Aber der Fall dreht sich gerade, denn nun wird sie von den Richtern nach Beweisen gefragt, dass sie sich die Verletzungen nicht selbst zugefügt habe. Das sind die Probleme auf die Migrantinnen in diesem System treffen, wenn sie anfangen ihre Rechte einzufordern.

Der einzige Weg ist, diese Rechte der Migrantinnen anzuerkennen, andernfalls handelt es sich um Sklaverei.

Wir haben eine Studie zwischen Arbeitgebern aus Malaysia und Hong Kong durchgeführt und wir haben festgestellt, dass die Ansichten sich unterscheiden, da in Hong Kong durchaus strenge Regeln bezüglich der Durchsetzung der Rechte der Hausangestellten existieren. Dort können sich die MigrantInnen an eine Gleichstellungskommission wenden, wenn sie diskriminiert werden.

Dies hat den Hausangestellten geholfen, ihre Rechte einzufordern und durchzusetzen. Demnach kommt es auf die Möglichkeiten zur Durchsetzung und Sicherung der Rechte der MigrantInnen an.

Ein globales Phänomen, das wir wahrnehmen, ist das zunehmende Untervertragswesen im Bereich der Arbeit und die Ausgliederung (outsourcing) ist einer dieser Aspekte. Dabei kann entweder die gesamte Arbeit ausgegliedert werden oder der Arbeiter wird ausgegliedert. Seit 2007 zeigt sich in Malaysia diese Ausgliederung in vielen Unternehmen. Es führt zu einer Form der Deregulierung von Arbeit, wodurch die Unternehmen nicht mehr direkt verantwortlich für die Gehälter, die Sozialleistungen und die Arbeitssicherstellung sind.

Wenn man dieses System betrachtet, zeigen sich verschiedene Schichten von Bürokratie und Vermittlern mit unterschiedlichen »Gebühren«. Wir müssen feststellen, dass Korruption sich zu einem der dominanten Faktoren in diesem Bereich der Arbeitsmigration entwickelt hat. Einer der Aspekte für den wir am meisten kämpfen, ist das Recht auf Entschädigung. Wenn eine MigrantIn einen Fall von unbezahlten Gehältern vorweist, sollte ein Arbeitsgericht darüber entscheiden. Aber in Malaysia braucht es mindestens sechs Monate, um einen Fall zu bearbeiten, manchmal sogar drei Jahre. Hier kommt es zu größten Problemen. Da die Arbeitserlaubnis von den Arbeitgebern gestrichen wird, bekommt die Migrantin ein »soziales Visum«, allerdings ist dieses nur drei Monate gültig, sobald der Fall vor Gericht kommt. Der Migrant muss nun für das Visum bezahlen ohne ein Einkommen zu haben und das Visum wird nicht verlängert, d.h. oft werden die KlägerInnen dann nach Ablauf des Visums verhaftet, kommen ins Gefängnis und werden abgeschoben, bevor die Fälle vor Gericht verhandelt werden. Das zeigt Ihnen, wie der ganze Prozess um das Recht auf Entschädigungen abläuft. Der Zugang zu diesem Recht bleibt also vielen verwehrt und viele der Arbeiter entscheiden sich zurückzukehren, denn sie fürchten sich vor der Festnahme.

Insgesamt zeigt sich, dass eine Umgebung für ein System der Sklaverei geschaffen wurde, es wurde eine große Unterklasse geschaffen, die keine Stimme hat. Folter ist weltweit geächtet, aber wird doch so oft praktiziert und niemand geht dagegen vor, wenn es sich dabei um einen/eine MigrantIn/Migrantin handelt.

Welche Veränderungen brauchen wir? Es muss eine Aufhebung der Verknüpfung zwischen

Aufenthaltsstatus und Arbeit geben, damit der Aufenthaltsstatus nicht die Arbeit beeinflusst. Das Konzept der Gleichheit und die Anerkennung sowohl des Rechts sich zu bewegen als auch des Rechts zu gehen sind fundamentale Aspekte. Darauf versuchen wir auch mit unserer Arbeit hin

zu arbeiten. Malaysia hat bisher kaum eine der Konventionen ratifiziert, daher muss Malaysia, wenn es seine Glaubwürdigkeit erhalten will, die Rechte aller Menschen akzeptieren, unabhängig davon, woher diese stammen. D



Eine Gruppe Migranten aus Honduras diskutiert am 29.08.2012 in Huehuetoca, eine Stunde nördlich von Mexiko-Stadt, die Route, auf der sie mit dem Güterzug Richtung USA reisen wollen. Foto: Matthias Knecht



## Das verlorene Paradies: Ursachen und Folgen erzwungener Migration in den Herkunftsländern

Von Carlos Marentes

**Carlos Marentes ist Mitarbeiter von La Via Campesina in Nordamerika, einer weltweiten Bewegung von KleinbäuerInnen und LandarbeiterInnen, die sich für das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität einsetzt und die Situation der landwirtschaftlichen ArbeitsmigrantInnen in den Blick nimmt. Marentes ist Doktorand des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der University of Massachusetts.**

Ich vertrete hier heute meinen Vater, der seinen Namen mit mir teilt und auch die Themenfelder in denen wir beiden arbeiten. Ich stamme aus der Grenzregion El Paso, Texas and Ciudad Juarez, Chihuahua, vielleicht kennen Sie die Region aus verschiedenen Gründen? Leider sind nicht alle davon erfreulich, wie die Geschichte der verschwundenen Frauen oder der illegale Drogenhandel.

Zu der Zeit, als hier in Berlin die Mauer fiel, war mein Vater gerade in Berlin und repräsentierte seine Organisation La Via Campesina und gleichzeitig begann an der amerikanisch-mexikanischen Grenze der Bau von Mauern, um MigrantInnen an der Einreise in die USA zu hindern. Hier zeigte sich ein Wendepunkt der politischen Ausrichtung der USA bezüglich Zuwanderung aber auch ein Wandel innerhalb der Migration, der auf einmal mehr Bedeutung zugesprochen wurde als zuvor. Und bevor ich das jetzt noch weiter ausweitere, möchte ich Ihnen eine wenig verbreitete Tatsache über die praktische Umsetzung des Einwanderungsrechts an der amerikanisch-mexikanischen Grenze sowie an der kanadischen Grenze mitteilen. Wir vergessen oft den Ursprung dieser Einwanderungsbehörden, wo sie besonders auftreten und ihre Ziele in der Zeit ihrer Entstehung.

Viele von Ihnen mögen vielleicht nicht wissen, dass die Grenzpatrouille das ausführende Organ der Polizei ist, heute Teil der ICE (Immigration Customs Enforcement Agency), welche nun keine eigene Behörde mehr darstellt, sondern ein Element der Homeland Security (Verfassungsschutz) ist. Tatsächlich bestehen die Ursprünge im Arbeitsministerium zu Beginn des 20. Jahrhunderts und das eigentliche Ziel bestand darin, chinesische Einwanderer abzuhalten, die ins Land kamen, um am Eisenbahnausbau zu arbeiten. Dies ist sehr wichtig, denn es zeigt die Komplexität von Immigration, dem Einwanderer, dem ,territo-

ry' – wie Prof. Saskia Sassen bereits vorgestellt hat. All das sollte uns dazu bringen, die heutige Zeit zu überdenken und zu beachten, dass die geschichtliche Entwicklung die heutige Komplexität hat entstehen lassen, dass die Geschichte die transformierenden und sich ständig weiterentwickelnden Situationen von MigrantInnen, Migration und die gesellschaftlichen Antworten und die gesellschaftlichen Einstellungen, wie auch immer diese aussehen mögen, beeinflusst.

Um Ihnen einen Eindruck davon zu geben, was dies für uns bedeutet, zumindest für uns an der Grenze, gehen wir zurück in die frühen 1800-Jahre vor die sogenannte »Invasion der USA nach Mexico« oder den Mexikanisch-Amerikanischen Krieg (1846-1848). Als der Krieg endete, wurden fast die Hälfte der mexikanischen Bevölkerung und der Landfläche Teil der USA. Allerdings wurden sie nicht wirklich Teil davon, denn die Menschen, die in diesen Gebieten lebten, wurden als Bürger zweiter Klasse behandelt.

In dieser Zeit des Wandels wurden viele der Bewohner dieser Gebiete gefangen genommen und deportiert, sie gehörten zu den Massen an Deportierten von über einer Million Menschen, die per Eisenbahn transportiert wurden. Das zeigt Ihnen, was an der mexikanisch-amerikanischen Grenze bereits vor einigen Jahrhunderten passiert ist.

Dies zeigt aber auch ein Problem auf, das oft vergessen wird: das der Binnenvertriebenen, der BinnenmigrantInnen, wovon heute weltweit mehr als 700 Millionen Menschen betroffen sind. Wenn wir über Binnenvertriebene sprechen, dann nutzen wir eine Kategorie, wie sie von den Vereinten Nationen definiert wurde, d.h. wir sprechen von Menschen, die außerhalb ihrer Region leben, aber immer noch innerhalb ihres Herkunftslandes. Viele von ihnen wurden vom Land in die städtischen Gebiete vertrieben, wodurch ein großes Wachstum der städtischen Gebiete mit angetrieben wird. Und diese Bewegung hält sich selbst aufrecht, denn wie es bereits beschrieben wurde, der Verlust von Land steigt an, den Menschen bleibt keine andere Wahl, als Jobs jeglicher Art und Bezahlung in den Städten anzunehmen. In vielen Fällen führt dies zur Aufgabe der dörflichen, traditionellen Strukturen. Sie können einige ländliche Gebiete in Mexiko finden, in denen

dadurch der Frauenanteil bei 70 Prozent liegt, da sie zurückgelassen werden. Die Frauen, die in diesen Gebieten bleiben, übernehmen oft die Verantwortung für die landwirtschaftlichen Flächen und deren Bearbeitung sowie die Sorge für Familienmitglieder. Besonders in den letzten Jahrzehnten sind sie zunehmend der organisier-ten Kriminalität der Kartelle ausgesetzt.

Wir sehen also, dass der Zufluss dieser Menschen, die auf der Suche nach Jobs vom Land in die Städte kommen, auch im Zusammenhang mit den USA steht. Dort leben sie dann von sehr geringen Gehältern, leben an der Existenzgrenze. Es gibt sogar einen Kampf um diese geringen Gehälter, was vielleicht sogar als eine Art »race to the bottom« bezeichnet werden könnte.

Hinzu kommt, dass durch den Mangel an sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten in Kombination mit diesen (negativen) Entwicklungen in den Städten, die einzige andere Möglichkeit ist, das (Herkunfts-)Land zu verlassen und das Risiko auf sich zu nehmen, woanders nach einer Arbeit zu suchen, um die Lebenssicherung für die Familie zu gewährleisten.

Wie viele von Ihnen wissen, befinden sich weltweit etwa 40 Prozent der Menschen, die ihr Heimatland verlassen, in einem Status »ohne Papiere« bzw. als »Irreguläre«. Dies bedeutet ein hohes Maß an Unterdrückung, Ausbeutung und Kriminalisierung in den Zielländern. In den USA hat dies beispielsweise dazu geführt, dass immer mehr der Menschen ohne Papiere festgenommen werden, zwischen 2001 bis 2010 etwa 350.000 Menschen. Aktuell werden ca. 34.000 Menschen festgehalten.

Wie Irene bereits anmerkte, konzentrieren wir uns dabei meist nur auf den politischen Aspekt. Wie Regierungen mit MigrantInnen umgehen, stellt für viele eine Aufgabe der Politik dar. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, wie bereits ebenfalls erwähnt wurde, dass der Bereich Migration ein großes Geschäft darstellt, besonders auch im Bereich der Inhaftierung.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben, zwei der größten Unternehmen in den USA, die vor Ort Gefängnisse betreiben, haben beide insgesamt in den letzten Jahren über 4 Mrd. US-Dollar verdient. Das ist ein großer Betrag. Und das ist sehr interessant, denn vor dieser »Veränderung« der Migration Mitte der 1990er Jahre, ging eine dieser Firmen beinahe Bankrott. Dies stellt eine Art und Weise dar, wie man auch einen Blick in die anderen

Märkte werfen kann, in denen Kapital akkumuliert wird.

Um Ihnen dies nochmal zu verdeutlichen: Im Jahr 2005 haben diese beiden Unternehmen mehr Geld für die Lobbyarbeit bei der amerikanischen Regierung eingesetzt, damit diese weiterhin eine solche repressive Politik verfolgt, als einige Investmentunternehmen wie beispielsweise Goldman Sachs. Dies zeigt Ihnen, wie sehr diese Firmen von dieser Art der Migrationspolitik der USA profitieren und daher sicherstellen wollen, dass dies auch weiterhin so ist. Und solches Verhalten ist eigentlich überall auf der Welt zu beobachten.

Im Bezug zu den aktuellen Gründen oder Ursachen für Migration, wie wir sie im Moment erleben, existieren natürlich viele komplexe und geschichtliche und auch unterschiedliche regionale Aspekte, dennoch gibt es einige generelle Aspekte, die herausgestellt werden können. Einige davon hängen hauptsächlich mit den Veränderungen in der Wirtschaftswelt zusammen und mit nationaler (Innen-)Politik, sie kennen die Regime der Liberalisierung des Handels, die Implementierung der Strukturanpassungsprogramme, die Verfolgung von Privatisierung in den letzten Jahrzehnten, welche die Urbanisierung und Migration weltweit mit angetrieben haben. In einigen ländlichen Regionen bedeutet dies die Eliminierung von Preisgarantien, die vorher existiert haben, inklusive des Zerfalls der Unterstützung für die Landwirtschaft – und wenn wir über Landwirtschaft reden, reden wir über viele kleinbäuerliche Strukturen, nicht über die Agroindustrie. Gleichzeitig fand die Implementierung der Grünen Revolution statt, welche unter der Schirmherrschaft der Gates-Foundation in Afrika zurückgekehrt ist und der weiterhin zunehmende Einsatz produktiver Technologien, die die Arbeit ersetzen. Dies beinhaltet alles von Pestiziden bis zu gentechnisch verändertem Saatgut usw.

Die Auswirkungen waren so vernichtend, dass an einigen Stellen ganze Länder transformiert wurden von Lebensmittelexporteurern hin zu Lebensmittelimporteurern. Gleichzeitig wurde auch die Struktur der Landwirtschaft transformiert: Zuvor meist traditionelle kleinbäuerliche Strukturen und Bauern wurden zu billigen und frei verfügbaren Landarbeitern in anderen Ländern. Um Ihnen die Ausmaße dieser Prozesse zu verdeutlichen: 90 Prozent der agrarischen Arbeiter weltweit im globalen Norden kommt aus dem globalen Süden. Und dies hat einen »Fluss« von Arbeitern aktiviert, beispielsweise aus Zentralamerika

in die USA oder aus Westafrika nach Europa, um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen.

Und diese Einflussfaktoren haben nicht nur den wachsenden Bedarf nach Kapital angeheizt, sondern es war auch notwendig, den Bedarf dem aktuellen Konsum und der Nachfrage in den nördlichen Ländern anzupassen, um das bestehende Profitlevel dieser immer weiter wachsenden Ernährungs- und Landwirtschaftsindustrie aufrecht zu erhalten.

Viele von Ihnen mögen die aktuelle Situation in Kolumbien kennen. Es ist ein perfektes Beispiel, welche Zerstörungen mit dieser Art Politik und den Entwicklungen in den ländlichen Regionen einhergehen können. Es ist ein gutes Beispiel, denn vor 2008 existierten in Kolumbien sehr hohe Getreidepreise und es gab eine Art von Stabilität im landwirtschaftlichen Sektor. Es war nicht das Beste, aber immerhin war es nicht so problematisch wie in Mexiko oder in einigen südostasiatischen Ländern aufgrund des Freihandelsabkommens. Aber im Jahr 2008 veränderten sich einige Dinge, zu den bedeutendsten und einflussreichsten Faktoren gehörte der Verfall der Lebensmittelrohstoffpreise. Dies führte zu großen Veränderungen, die die Landwirtschaft und ländliche Gemeinschaften beeinflussten. Zuvor haben wir auch über Food-Dumping gesprochen durch einige dieser Freihandelsabkommen, zu dem nun dieser Preisverfall hinzukam, ausgelöst durch die »Finanzialisierung« der Landwirtschaft und der Deregulierung der Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten. Dies bedeutete einen großen Wandel der agrarischen Produktion hin zu der Möglichkeit, große Landflächen in Kolumbien zu konzentrieren, was dazu führte, dass heute 16,6 Mio. ha der agrarischen Nutzfläche entweder in der Hand von Großgrundbesitzern sind oder nicht mehr für die Produktion genutzt werden. Dies zeigt, was in Kolumbien passiert ist. Aber 2008 gingen auch in andern Ländern Menschen auf die Straßen, beispielsweise in Ägypten, was wir heute die »Hungeraufstände« nennen und was auch eine Art Sprungbrett für die weiteren (politischen) Entwicklungen, beispielsweise in Nordafrika, darstellte.

Es ist interessant, wie sich Migration im Kontext dessen, was gerade in den ländlichen Gebieten passiert, weiter entwickelt. Wir sehen, dass ein Verbindungsglied existiert, aber ich möchte nicht weiter darauf eingehen, denn ich denke, dass wird in der Diskussion später zum Bereich Entwicklung eine Rolle spielen. Ein weiterer Aspekt, der die

Migration aus den ländlichen Gebieten stark beeinflusst, ist das große Thema Klimawandel.

Und einer der Faktoren, der die Bedingungen der Landarbeiter und der Kleinbauern weiter verschlechtert und sie dann teilweise in die Migration treibt, liegt in der Klimavariabilität – wie Dürren oder der Unmöglichkeit, saisonale Wettermuster zu erkennen, die nicht nur den Wachstumskreislauf beeinflussen, sondern auch dazu führen, dass die Risiken dieser Variabilität nicht mehr richtig eingeschätzt werden können. Dies führt zu einem Gesamtzustand, der aber nicht völlig neu ist. Einer der wichtigsten Faktoren für die Entwicklung zur heutigen, modernen (Markt-)Wirtschaft stellte auch die Verdrängung von kleinbäuerlichen Bauern von ihrem Land dar, und das ist heute nicht anders und immer noch aktuell. Im Moment sind etwa drei Prozent der europäischen Bevölkerung im Bereich der Landwirtschaft beschäftigt, im Gegensatz zu Indien, wo dies etwa 50 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Ob Freihandelsabkommen, Auswirkungen des Klimawandels oder repressive Migrationspolitik – an all diesen Themen sehe wir, dass da eine Dynamik existiert, ob beabsichtigt oder nicht, die den Rest der Welt verändert, von den Ländern, in denen etwa 70 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten, hin zu den drei Prozent der Länder des Nordens und den industrialisierten Ländern. Diese Dynamik stellt einen Angriff auf die kleinbäuerlichen Strukturen dar, die außerhalb der urbanen Gebiete mit ihrer Struktur von Arbeit und Konsum existieren.

Zu den aktuellen Bedingungen in der Migration, in Bezug auf die Kriminalisierung, sehen wir eine der Herausforderungen darin, das »Managen« von Migration zu stoppen. Dabei geht es nicht nur um die politischen Strategien, die diskutiert und implementiert werden, sondern auch um Aspekte wie das Anwerben und die Regulierung von temporärer Migration zu Arbeitszwecken. Das ist wichtig, aber ein großer Anteil des »Arbeiterexportes« verläuft nicht über die offiziellen Wege der Regierungen oder staatlicher Agenturen, sondern durch »informelle« Strukturen, besonders im Bereich der organisierten Kriminalität. An der Grenze zwischen Mexiko und den USA kommt ein großer Anteil der temporären Arbeiter nicht über Vertragsagenturen in die USA, sondern über ein System, das wir als das »coyote-System« bezeichnen. Viele von diesen werden mittlerweile von den großen Kartellen kontrolliert und sie werden auch als Schmuggelwege für Narkotika usw. in die USA genutzt.


Die Kosten, um auf diesen »informellen« Wegen in die USA zu gelangen, sind in den letzten Jahren stark angestiegen, vor dem Jahr 2000 konnte man davon ausgehen, dass man etwa 2.000 bis 3.000 US-Dollar zahlte. Heute gibt es Situationen, in denen Menschen in einer Art Sklaverei-Verhältnis zu den Kartellen leben, da es ihnen nicht möglich ist, die 20.000 bis 30.000 US-Dollar zu zahlen, die dafür verlangt werden, dass sie auf die andere Seite der Grenze gebracht werden. Aber auch die (staatlichen) Anwerbe-Agenturen halten etwas sehr Interessantes aufrecht, was besonders im Fall der USA sehr widersprüchlich erscheint. In vielen Ländern, in denen diese Art von Agenturen aktiv sind, stellen sie eine Nachfrage nach Arbeitskräften, die nicht existiert.

In den USA, besonders in den vergangenen Jahren, versucht der landwirtschaftliche Sektor, die industrielle Landwirtschaft der Regierung zu beeinflussen, um mehr saisonale Arbeitskräfte ins Land zu holen. Ihre Begründung ist, dass es einen Mangel an Arbeitskräften in den USA gibt. Aber wie sie sicher wissen, gibt es hohe Arbeitslosenraten in den USA. Worüber wir hier also reden, ist nicht ein Mangel an Arbeitskräften, sondern Mangel an Arbeitskräften, die gewillt sind, für die geringen Löhne und Standards in diesem Bereich zu arbeiten.

Doch nicht nur die Art der Arbeit, sondern auch die Arbeiter selbst bleiben ungeschützt von den nationalen Arbeitsrichtlinien. Sie können sich nicht wie andere Arbeiter aufgrund des »National Labour Protection Act« auf ihre Rechte berufen und Überstunden geltend machen. Es erscheint etwas trostlos, was im ländlichen Raum passiert und was sich im Bereich Migration abspielt, aber ich möchte abschließend nochmals zwei Aspekte aufgreifen: Der eine bezieht sich auf diese Kategorie des »citizenship«. Wir finden dieses Konzept sehr interessant, denn statt auf dem Diskussionslevel, wo wir die Frage nach dem/der MigrantenIn stellen, müssen wir diese Frage aus unserer eigenen Perspektive beantworten, denn »citizenship« kann zahlreiche Dinge bezeichnen, wie Saskia Sassen ausgeführt hat, aber es deckt sehr viele unterschiedliche Aspekte ab. Beispielsweise sind Sozialleistungen für Menschen in USA nicht

völlig gleich, selbst wenn sie alle »citizen« sind, und das gilt auch für andere Länder. In Mexiko ist immer noch ein Großteil der Bevölkerung ohne Sozialschutz, unter ihnen vor allem die indigenen Gruppen und die ländliche Bevölkerung. Sie werden zwar als »citizens« des Landes gezählt, aber in der Realität sind sie weniger als »citizens«. Vielleicht könnte man sogar eher sagen, sie sind Bürger zweiter Klasse aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Belastungen oder aufgrund des Ausschlusses aus der Gesellschaft. D.h. bevor wir dieses Konzept, diesen Begriff auf Migration beziehen, sollten wir uns klar machen, welche Bedeutung er überhaupt für uns selbst und die Menschen und Umstände in unserem Land hat.

Es ist sehr wichtig, wie wir diese Frage beantworten, denn viele Konzepte, die wir kennen, beschäftigen sich mit dem ländlichen Sektor, der sogenannten ländlichen Entwicklung. In den 1990er Jahren änderte sich das, als die Frage aufkam, wie gehen wir mit den Migrationsströmen aus den Städten um? Wir haben verdrängt, dass es aber immer noch ländliche Gebiete in diesen Ländern gibt. Wir haben vergessen, dass immer noch ein Teil der Bevölkerung von der Gesellschaft ausgeschlossen wird, selbst in den Ländern, die jetzt für sich selbst sorgen konnten innerhalb dieser Dynamiken innerhalb der Herkunftsländer, die die Migrationsströme angetrieben haben.

Schlussendlich in Bezug auf agrarische Produzenten, und das ist ein Thema, das manchmal sehr kontrovers ist: Wir neigen dazu, viele Dinge zu übergehen statt nachzufragen, was sie wirklich bedeuten, denn in diesem Gesamtzusammenhang von Individuen und verschiedenen Umständen, von traditionellen kleinbäuerlichen Strukturen, wo die Menschen von ihrer Produktion leben, zu Landarbeitern, die abhängig sind von Löhnen aufgrund der Situation, in der sie nun gelandet sind. Es ist eine sehr komplexe Situation, auf die nicht mit einer einzelnen oder bestimmten Strategie bezogen auf eine Variable im ländlichen Raum geantwortet werden kann. Daher sehen wir bei La Via Campesina, dass es tiefere und vielschichtige Antworten und Lösungsansätze geben muss. 

## Schlussworte

Von Sabine Ferenschild und Hildegard Hagemann

**Dr. Sabine Ferenschild ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Südwind, dem Institut für Ökonomie und Ökumene in Siegburg, unter anderem für das Thema Migration zuständig. Dr. Hildegard Hagemann ist Referentin bei der Geschäftsstelle der Deutschen Kommission Justitia et Pax, einer Art »Runder Tisch« katholischer Einrichtungen und Organisationen im Bereich der internationalen Verantwortung der Kirche.**

**Ferenschild:** Als veranstaltende Organisationen haben wir diese Tagung zum Nachdenken über den Zusammenhang von bzw. den Widerspruch zwischen Migration und Entwicklung konzipiert. Diese Reflektion hat heute sehr facettenreich stattgefunden und ist durch Einblicke in afrikanische, asiatische und amerikanische Realitäten gut gelungen. Was sehr nachdrücklich in Erinnerung bleibt, ist zum einen die Infragestellung scheinbar klarer Begriffe wie z.B. »Transitmigration« – Romeo wies darauf hin, dass im malischen Kontext nicht mehr von Transit gesprochen werden könne, sondern nur noch von ‚Sackgasse‘. Zum anderen wurde der Graben zwischen der politischen Rede von den positiven, entwicklungsfördernden Aspekten der Migration einerseits und der offensichtlich prekären, meist rechtlosen Situation von MigrantInnen in allen Regionen der Welt sehr deutlich. Carlos Marentes machte dies sehr deutlich mit seinem Verweis auf die Rede vom Mangel an Arbeitskräften, hinter der sich ein Mangel an adäquat entlohnter Arbeit verbirgt, der wiederum in vielen Ländern durch MigrantInnen mit und ohne Papiere behoben wird, die von zentralen Arbeitsrechten ausgenommen sind. In Malaysia, so schilderte dies Irene Fernandez, betrifft dies den staatlichen Mindestlohn, der für internationale MigrantInnen in Malaysia nicht als Lohnuntergrenze gilt.

Aus der so beschriebenen Situation folgt zunächst für unsere weitere Arbeit, dass neben dem Kampf für politische Rechte und Teilhabe von MigrantInnen der Einsatz für Arbeitsrechte von MigrantInnen immer im Blick bleiben muss. Und dies nicht nur in migrationsbezogenen Politikfeldern, sondern gerade in der Arbeit von Gewerkschaften oder Kampagnen für die Durchsetzung von Sozialstandards in globalen Produktionsketten. In diesen Arbeitsfeldern brauchen wir Strategien der

Inklusion von MigrantInnen und ihren Organisationen.

**Hagemann:** Mir bleiben aus dem Tag zwei Aspekte besonders haften, die einen Auftrag an uns als veranstaltenden Organisationen darstellen: Das Phänomen der Kriminalisierung der Migrantinnen und Migranten zieht sich wie ein roter Faden durch die Beiträge. Damit einher geht die Beobachtung einer steigenden und leicht anheizbaren Xenophobie in Zielländern. Xenophobie und Kriminalisierung bedingen sich gegenseitig. Angst vor dem Fremden verführt dazu, Menschen misstrauisch und vorurteilsbehaftet zu begegnen. Je mehr von staatlicher oder medialer Seite kriminalisiert wird, desto größer wird die diffuse Angst vor Bedrohung in der Gesellschaft. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen – das ist eine Aufgabe, vor der menschenrechtliche und kirchliche Einrichtungen nicht zurückschrecken dürfen. Im Gegenteil bieten die sozialen Netzwerke, dazu gehören Pfarreien z.B. beste Möglichkeiten, Orte der Überwindung des Fremdseins zu schaffen und gesellschaftlich Stellung gegen die Kriminalisierung zu nehmen.

Ein zweiter Aspekt wurde durch die ausführliche und kritische Abwägung der Wirkung von Rücküberweisungen deutlich. Vor dem Hintergrund der heutigen globalen Situation und der gesellschaftlichen Diskussion um Klimawandel, Konsummuster, Nachhaltigkeit und Wachstum erscheint es fatal, dass Rücküberweisungen als entwicklungsförderliches Instrument gepriesen werden. In diesem Bereich muss viel mehr über die langfristigen Auswirkungen eines Konsumverhaltens nachgedacht werden, das nicht zuletzt von schlechtem Gewissen getrieben wird, weil soziale Netze und Familien auseinandergerissen werden. Unsere EU-Migrationspolitik, die in diesem Sinne kurzsichtig als entwicklungspolitisch kohärent dargestellt wird, ist abzulehnen.

Diese Tagung wird vielfältig dokumentiert werden. Zentrale Wortbeiträge können Sie als Videos ansehen.<sup>1</sup> Die veranstaltenden Organisationen werden eine zweisprachige Online- und Print-Dokumentation erstellen und voraussichtlich wird eine Dokumentation der Vorträge in deutscher Sprache über die Nachrichtenagentur EPD erfolgen.

**Ferenschild:** Am Ende möchten wir nun allen Beteiligten Dank sagen, den ReferentInnen, die weite Wege auf sich genommen haben, um mit uns ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu teilen, Sophia Wirsching von Brot für die Welt und ihrem Team von PraktikantInnen, die die organisatorische Planung und Durchführungen dieser Tagung übernommen haben, den Übersetzern, die für die Kommunikation untereinander unent-

behrlich sind und Ihnen allen, dass Sie sich die Zeit genommen, mit uns über Grenzen und ihre Bedeutung nachzudenken.

#### Anmerkung:

<sup>1</sup> <http://www.youtube.com/user/SuedwindInstitut?feature=watch>

## ■ Migrationsforscher Bade warnt vor »Bollwerk-Mentalität«

epd-Gespräch: Martina Schwager

Osnabrück (epd). Der Berliner Migrationsforscher Klaus J. Bade warnt vor einer »Bollwerk-Mentalität« gegenüber unerwünschten Zuwanderern. Die Integration von Ausländern verlaufe zunehmend erfolgreich, sagte Bade dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Osnabrück. Vor allem für jüngere Menschen sei kulturelle Vielfalt heute Normalität, unterstrich Bade. Wer das ignoriere, schüre Fremdenhass.

Politiker wie Horst Seehofer (CSU) versündigten sich, wenn sie behaupteten, Deutschland müsse seine Grenzen »bis zur letzten Patrone gegen kultur-fremde Einwanderer« verteidigen. In einem Europa der Freizügigkeit sei es gar nicht möglich, Grenzen zu schließen und Armutswanderungen zu verhindern, sagte Bade mit Blick auf die jüngst gestiegene Zahl von Migranten aus Rumänien und Bulgarien.

Es sei Zweck des europäischen Binnenmarktes, die Mobilität der

Menschen zu erleichtern. Aber es sei ein Irrglaube, dass dann nur Hochqualifizierte mit passenden Berufs- und Sozialprofilen kämen, sagte Bade: »Es kommen auch die, auf die man sich nicht gefreut hat.«

Am 19. März stellt der Forscher in Berlin sein neues Buch »Kritik und Gewalt« vor. Bade ist Mitbegründer des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien in Osnabrück.

(epd-Basisdienst, 4.3.2013)

## ■ »Eine Burg baut man auch nicht an einem Tag« – Infolge der Wirtschaftskrise in Südeuropa ziehen Migranten von Land zu Land

Von Imke Plesch (epd)

Spanien oder Italien war ihre neue Heimat geworden – doch dann kam die Krise. Viele Einwanderer, die in Südeuropa schon Fuß gefasst hatten, versuchen nun einen zweiten Neuanfang in Deutschland.

München (epd). Irgendwann holt Julienne (Name geändert) eine Plastiktüte aus ihrer Handtasche und kippt den Inhalt vor dem Mitarbeiter im Jobcenter auf den Schreibtisch. Ein Haufen Papier türmt sich auf, er verzieht das Gesicht. Es sind Behördenbriefe, Kontoauszüge, Bescheinigungen,

die Julienne nicht versteht, weil sie zwar Französisch und Spanisch, aber kein Deutsch kann. Es sind Papiere, die man in Deutschland für einen Neuanfang braucht.

Dabei hatte Julienne gar nicht vor, noch mal neu anzufangen. Die 44-jährige Kamerunerin war Mitte der 90er Jahre mit Hilfe von Schleppern über Marokko und Ceuta illegal nach Spanien gekommen. 16 Jahre lebte sie in Madrid, baute sich mit einem eigenen Friseursalon eine Existenz auf, verdiente gut. Sie lernte Spanisch, seit acht Jahren hat sie einen spanischen Pass. Doch als

keine Kunden mehr kamen, musste sie ihren Laden schließen. Im Spanien der Wirtschaftskrise hat sie keine Zukunft mehr.

Menschen wie Julienne, die nach Südeuropa eingewandert waren, dort lange gelebt haben und nun aufgrund der Krise weiterziehen müssen, sind in den Statistiken schwer zu finden. Haben sie den Pass eines EU-Landes, wird nicht mehr registriert, dass sie ursprünglich aus einem Drittland eingewandert sind. Sind sie in dem anderen EU-Land nur langfristig aufenthaltsberechtigt, müssen sie in Deutschland ebenfalls einen Aufenthaltstitel bean-

tragen. 2009 haben das laut Bundesamt für Migration 158 Personen getan, 2012 waren es bereits 1.788.

Aus Spanien und Portugal kämen vor allem afrikanische Migranten nach Deutschland, erzählt Paraskevi Daki-Fleischmann, Leiterin der Fachdienste für Migration und Integration der Inneren Mission München. Aus Griechenland und Italien seien es eher gebürtige Albaner, Bulgaren, Serben oder Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Auch in den Deutschkursen bei den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) bemerkt man die neuen Zuwanderer. »Menschen, die aus einem Drittland nach Südeuropa eingewandert waren, dort lange gelebt haben und nun nach Deutschland kommen, hatten wir früher kaum – vielleicht zwei im Jahr«, erzählt Genia Rauscher vom bfz. Jetzt häuften sich diese Fälle – vor allem aus Italien kämen viele Menschen in ihre Kurse: Syrer, Somalier, Tunesier und Marokkaner, die gut italienisch sprächen und teilweise über zehn Jahre in Italien gelebt hätten.

Doch leicht ist der Neuanfang nicht. »Diese Menschen haben sich in ihren Einwanderungsländern integriert gefühlt«, erklärt

Daki-Fleischmann von der Inneren Mission. »Jetzt kommen sie voller Hoffnungen und denken, dass sie in Deutschland schnell eine berufliche Perspektive bekommen. Doch dann sind ihre Ersparnisse bald aufgebraucht.«

Julienne fand gleich nach ihrer Ankunft in München eine Arbeit als Zimmermädchen in einem Nobelhotel. Doch nach gut zwei Jahren verlor sie ihren Job. »Alle, die zu mir in die Migrationsberatung kommen, wollen in erster Linie arbeiten, egal was«, sagt Marie-Bernard Corain von der Migrationsberatung der Caritas in München. »Die Arbeit ist der Schlüssel zu allem.«

Auch Ahmet (Name geändert) wäre lieber in Spanien geblieben – und auch er hat im vergangenen halben Jahr schon eine Plastiktüte voller deutscher Behördenbriefe gesammelt. Zehn Jahre lebte der heute 30-jährige Ghanaer in Spanien, anfangs mit falschen Papieren. Er schlug sich auf Pfirsich-Plantagen und als Gärtner durch, arbeitete in Fabriken und auf dem Bau. Er lernte Spanisch, machte sogar eine Handwerksausbildung.

Doch dann gab es keine Arbeit mehr. »Spanien ist kaputt, kurz vor dem Zusammenbruch«, sagt er. Aber Ahmet braucht Geld für die Familie in Ghana, viele Fami-

lienmitglieder hängen von ihm ab. Er kam nach München. Andere Afrikaner, die er in der Moschee oder auf der Straße traf, halfen ihm. Schließlich fand er einen Job in einem Fast-Food-Restaurant. Jetzt hofft er auf eine eigene Wohnung – noch schläft er mal hier, mal da bei Bekannten, manchmal auch in einer Pension.

»In Afrika denken die Leute, in Europa liegt das Geld auf der Straße«, sagt Ahmet. Die Realität sieht anders aus. »Aber eine Burg baut man auch nicht an einem Tag.« Als erstes müsse er Deutsch lernen. Später möchte er vielleicht Wirtschaft studieren oder Politik – das interessiert ihn.

Juliennes Traum ist es, in München einen Friseursalon für afrikanische Zöpfe aufzumachen. Und dass ihre Enkelin, die sie mittlerweile aus Spanien nachgeholt hat, hier einmal Fuß fasst. Die 13-Jährige kann schon so gut Deutsch, dass sie Julienne die Behördenbriefe vorlesen kann. »Anfänge sind immer schwierig. Man muss kämpfen. Solange du lebst, musst du Hoffnung haben.« Zum Sterben möchte Julienne aber zurück nach Kamerun – nach Hause, sagt sie. In ein deutsches Altersheim will sie auf keinen Fall.

(epd-Basisdienst, 18.4.2013)

## ■ EU will Südgrenzen technisch aufrüsten

Brüssel (epd). Die Europäische Union hat sich auf ein hochmodernes Überwachungssystem für die EU-Außengrenzen verständigt. Das System EUROSUR, das bereits seit mehreren Jahren in Planung ist, soll ab 1. Dezember 2013 zunächst an den Mittelmeer- und den osteuropäischen Grenzen in Betrieb genommen werden. Darauf einigten sich die 27 europäischen Regierungen am

14. Juni in Brüssel auf Botschaferebene. Über EUROSUR wollen die EU-Staaten irreguläre Einwanderer und kriminelle Banden aufspüren, etwa mittels des Austausches von Satelliten-, Drohnen- und Schiffsmelddaten.

Das EUROSUR-System kostet mehrere hundert Millionen Euro. Es soll auch dazu verwendet werden, in Seenot geratene Men-

schen zu retten. Bei den Rettungsmaßnahmen mache das EUROSUR-Gesetz den Regierungen allerdings nicht genügend Auflagen, kritisiert die Grünen-Abgeordnete Ska Keller. Sie rügt auch, dass die EU bei der Zurückdrängung von Migranten eng mit problematischen Staaten wie etwa Libyen zusammenarbeiten wolle.



Am EUROSUR-Gesetz wird sich indessen nichts mehr ändern – in informellen Verhandlungen haben sämtliche EU-Institutionen

bereits ihre Zustimmung gegeben. Nötig ist nun noch die formelle Verabschiedung durch das

Europaparlament und den EU-Ministerrat.  
(epd-Basisdienst, 14.6.2013)

## ■ Zahl der Flüchtlinge auf höchstem Stand seit 1994 – Mehr Schutz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gefordert

Genf/Berlin (epd). Die Zahl der Flüchtlinge hat weltweit den höchsten Stand seit 1994 erreicht. Ein Hauptgrund dafür ist der Syrien-Konflikt, wie aus einem am 19. Juni in Genf vorgestellten Bericht des Flüchtlingshilfswerks UNHCR hervorgeht. Ende 2012 waren demnach insgesamt über 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht, rund drei Millionen mehr als im Vorjahr. Fast die Hälfte von ihnen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Gezählt wurden insgesamt 15,4 Millionen Flüchtlinge, 937.000 Asylsuchende und 28,8 Millionen Binnenvertriebene. Die Daten des UNHCR-Reports »Global Trends« beruhen auf Informationen von Regierungen, nichtstaatlichen Organisationen und UN-Zählungen. Als Flüchtlinge bezeichnet das UNCHR Zivilisten, die eine Staatsgrenze überqueren, um Verfolgung zu entkommen. Menschen, die eine Konfliktregion verlassen, aber in ihrem Land bleiben, gelten als Binnenvertriebene.

Die meisten Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, fliehen dem Bericht zufolge vor Kriegen. 55 Prozent der Flüchtlinge stammen aus nur fünf Staaten: Afghanistan, Somalia, Irak, Syrien und dem Sudan. Aus dem Bürgerkriegsland Syrien sind

etwa 1,6 Millionen Menschen in Nachbarländer geflohen.

Der Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der EU-Kommission (ECHO) zufolge könnten in den kommenden Tagen und Wochen noch mehr Menschen aus Syrien fliehen. Vor allem schwangere Frauen verlassen das Land. »Viele befürchten, dass die Kämpfe anhalten oder sich sogar verschärfen«, sagte Heinke Veit, ECHO-Regionalkoordinatorin im jordanischen Amman dem Evangelischen Pressedienst (epd). Im Land fehle es an Medikamenten, Nahrungsmitteln und sauberem Wasser. Ähnlich äußerte sich die Hilfsorganisation Care Deutschland-Luxemburg.

Der UNHCR-Bericht listet zudem neue Massenfluchtbewegungen auf: aus Mali, der Demokratischen Republik Kongo, dem Sudan und aus Äthiopien. »Dies sind wahrlich alarmierende Zahlen«, teilte UN-Flüchtlingskommissar António Guterres mit: »Sie spiegeln im gewaltigen Ausmaß individuelles Leid wider und zeigen die Schwierigkeiten der internationalen Staatengemeinschaft auf, Konflikte zu verhindern und rechtzeitig Lösungen für diese anzustreben.«

In Pakistan sind 1,6 Millionen Menschen und damit mit Ab-

stand die meisten Flüchtlinge untergekommen, gefolgt vom Iran (868.200) und Deutschland (589.700). Aus dem Bericht geht auch hervor, dass inzwischen 81 Prozent der Flüchtlinge in einem Entwicklungsland leben. Vor einem Jahrzehnt waren es lediglich 70 Prozent.

Anlässlich des internationalen Flüchtlingstages am 20. Juni forderte die Diakonie zudem einen Flüchtlingsschutz für alle Kinder und Jugendlichen, die ohne familiäre Begleitung nach Deutschland flüchten. Bisher können sie nur als Flüchtlinge anerkannt werden, wenn sie nachweisen können, dass sie bedroht wurden. Gibt es für eine Bedrohung keinen Beweis, werden sie in Deutschland nur geduldet und können jederzeit abgeschoben werden.

Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier plädierte für einen sicheren Aufenthaltsstatus und eine Perspektive in Deutschland für die Minderjährigen. Ähnlich äußerte sich der Deutsche Caritasverband. »Ein dauerhafter Duldungsstatus ist für die betroffenen Menschen humanitär inakzeptabel und gesellschaftspolitisch nicht länger vertretbar«, sagte Caritas-Präsident Peter Neher.

(epd-Basisdienst, 19.6.2013)

## ■ Immer mehr Flüchtlinge in Spielbooten vor spanischer Küste

Madrid (epd). In winzigen Booten suchen sie einen Ausweg aus Hunger und Not: Immer mehr afrikanische Flüchtlinge überqueren so die Meerenge von Gibraltar nach Europa. Die spanische Seenotrettung habe seit Jahresbeginn bereits mehr als 1.400 Migranten aus dem Meer geborgen, rund 80 Prozent davon aus der nur knapp 15 Kilometer breiten Meerenge zwischen Südpasien und Nordmarokko, berichtete die spanische Tageszeitung »El País« am 13. August. Im gesamten vergangenen Jahr waren es noch 1.163 Bootsflüchtlinge. Allein seit 9. August wurden mehr als 200 Flüchtlinge aus dem Meer gerettet.

Die Migranten machen sich den Angaben zufolge zunehmend in aufblasbaren Spielzeugbooten

auf den Weg, die eigentlich für Strandurlaube gedacht sind und nicht mehr als drei Personen aufnehmen sollten. Die spanische Seenotrettung treffe aber immer wieder auf Boote mit bis zu zehn Migranten, die sich trotz der starken Strömungen vor Gibraltar nur mit Plastikrudern fortbewegen. Oftmals verständigten die Migranten per Handy noch auf dem Meer die spanischen Behörden. So sei etwa am 12. August eine Gruppe von 38 Flüchtlingen in sechs solchen Booten sieben Seemeilen vor dem südspanischen Tarifa gesichtet worden.

Die meisten dieser Flüchtlinge stammen aus Staaten südlich der Sahara. Die Kapazitäten im Flüchtlingszentrum in Algeciras sind nach Angaben eines Sprechers der spanischen Polizei-

werkschaft SUP zufolge erschöpft, weshalb die Flüchtlinge inzwischen in der Polizeiwache der südspanischen Stadt untergebracht würden. Dort befänden sich mindestens 150 Migranten.

Nach dem spanischen Einwanderungsgesetz müssen sie aufgrund ihrer illegalen Einreise mit Abschiebung rechnen. Während Marokkaner oft sofort wieder abgeschoben werden, ist dies bei Menschen aus weiter südlich gelegenen Staaten hingegen oft nicht möglich, weshalb sie nach 40 Tagen freigelassen werden. Spanischen Hilfswerken zufolge beantragen Menschen aus Mali zunehmend auch politisches Asyl. (epd-Basisdienst, 13.8.2013)

Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik gGmbH  
Verlag/Vertrieb  
Postfach 50 05 50  
60394 Frankfurt am Main

## Jahrgang 2013

12/13 – Themen: **Reformation und Toleranz (2)**  
(Beiträge von Fleischmann-Bisten Nollmann, Bernhardt) – **Konfirmandenarbeit** (Thesen des Rates der EKD) – 44 Seiten / 4,60 €

13/13 – Themen: **40 Jahre Leuenberger Konkordie**  
(Festgottesdienst und Festakt: Weber, Steinmeier) – **150 Jahre SPD und die Kirchen** (Sachau, Thierse) – 28 Seiten / 3,40 €

14-15/13 – »**Leben in der Vision des Urchristentums oder alimentierte Autarkie im Unrechtsstaat? Die evangelischen Kirchen in der DDR aus der Perspektive des Westens**« (Evangelische Akademie Thüringen) – 76 Seiten / 5,90 €

16/13 – **Kirchliches Arbeitsrecht**: Urteile des Bundesarbeitsgerichts zum Arbeitskampf in kirchlichen Einrichtungen – 60 Seiten / 5,10 €

17/13 – **Dienstgemeinschaft: Ein Begriff auf dem Prüfstand** (FEST und Kirchenrechtliches Institut der EKD) – 64 Seiten / 5,40 €

18/13 – **Von Reform zu Reform. Wo steht die evangelische Kirche?** (Pädagogisches Institut der EKvW) – 44 Seiten / 4,60 €

19/13 – Themen: **Reformation und Toleranz (3)**  
(EKBO-Grundsatztext); **Warum feiern wir Gottesdienst?** (Landesbischof Bedford-Strohm) – 36 Seiten / 4,10 €

20/13 – **34. Deutscher Evangelischer Kirchentag (1)**:  
Eröffnung, Abschluss, Bilanz, epd-Berichterstattung – 52 Seiten / 5,10 €

21/13 – **Theologie des Ehrenamtes** (Konsultationstag des Referats Sozial- und Gesellschaftspolitik des EKD-Kirchenamts) – 32 Seiten / 4,10 €

22/13 – **450 Jahre Heidelberger Katechismus** (Festakt und Festgottesdienst) – 20 Seiten / 2,60 €

23/13 – **Diakonie und ‚ihre‘ Kirche – Plädoyer für einen Perspektivenwechsel** (Kirchliche Dienste in der Arbeitswelt im VKWA und diakonische Einrichtungen) – 48 Seiten / 4,60 €

24-25/13 – **34. Deutscher Evangelischer Kirchentag (2)**: Auswahl von Vorträgen – 100 Seiten / 6,90 €

26/13 – Themen u.a.: **EKD-Orientierungshilfe zum Thema Familie – Kirche und Recht – Reformationsgedenken 2017** – 36 Seiten / 4,10 €

27-28/13 – **Inklusive Bildung als evangelische Verantwortung** (Fachtagung von Comenius-Institut und EKD-Kirchenamt) – 60 Seiten / 5,10 €

29/13 – **Hauptversammlung des Reformierten Bundes** (Auswahl von Beiträgen) – 36 Seiten / 4,10 €

30/13 – **Zwischen Ethik und Exegese: Streit ums EKD-Familienpapier** (Reaktionen auf Orientierungshilfe) – 52 Seiten / 5,10 €

31/13 – **Islam und Reformation – Ist Toleranz genug?** (Evangelische Akademie Bad Boll) – 48 Seiten / 4,60 €

32/13 – **Fair Trade - unterwegs zu einer nachhaltigen Zukunftsgesellschaft** (Studie des Zukunftsinstituts Frankfurt und Materialien zum fairen Handel) – 32 Seiten / 4,10 €

33/13 – **Flüchtlinge in Not – Kirchen treten für besseren Schutz ein** (Beiträge zum 13. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz) 32 Seiten / 4,10 €

34/13 – Mystik zwischen Vision, Religion und Philosophie: **Nachdenken über Meister Eckhart** – 40 Seiten / 4,60 €

35/13 – **Wasser: Geschenk der Schöpfung, Quelle des Lebens** (Beiträge zur Strategischen Konsultation des Ökumenischen Wassernetzwerks) – 28 Seiten / 3,40 €

36/13 – Kirche, Familie, Entwicklung und Flüchtlinge: **Synopse der Programme zur Bundestagswahl** – 42 Seiten / 4,60 €

37/13 – **14. Versammlung der Konferenz Europäischer Kirchen** – 36 Seiten / 4,10 €

38-39/13 – **Krieg aus der Distanz: Drohnen fordern Friedensethik heraus** – 60 Seiten / 5,40 €

40/13 – **Grenzenlos - Migration in einer begrenzten Welt** (Beiträge einer Tagung von Brot für die Welt) – 32 Seiten / 4,10 €

Der Informationsdienst **epd-Dokumentation** (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:  
GEP-Vertrieb  
Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt,  
Tel.: (069) 58 098-191.  
Fax: (069) 58 098-226.  
E-Mail: [vertrieb@gep.de](mailto:vertrieb@gep.de)  
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 26,50 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 30,90 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 25 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,30 €.

**epd-Dokumentation** wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.